Mittwoch, 27. Mai 1925. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. | 64. Jahrgang. Nr. 121.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty.
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Ungarn.

Wenn man hier darauf zu sprechen kommt, welche Nachrichten und welche Meinungen über Ungarn im Ausland verbreitet sind, dann hört man manch' bittere Bemerkungen. Der Magyare ist außerordentlich empfindlich, wenn er erfahren muß, daß sein Land im westlichen Europa kaum bekannt ist, daß die ungarischen Ereignisse und Verhältnisse falsch beurteilt werden. Immer wieder erklärt er sich dies damit, daß die selbständige Staatlichkeit Ungarns zur Zeit der österreich-ungarischen Monarchie nicht entsprechend vor aller Welt zum Ausdruck gekommen sei. Und heute — so wird hier festgestellt — seien an der „schlechten Presse" Ungarns die magyarischen politischen Emigranten schuld, die ihr Lager in den Ländern der Kleinen Entente und vor allem in Wien aufgeschlagen haben. Wer selbst in Ungarn lebt, und alles, was hier geschieht, unvoreingenommen betrachtet, muß zugeben, daß über dieses Land, nicht nur in den Ententestaaten, meist ungerechte und unwahre Vorstellungen herrschen. Es ist wahr, daß der Magyare im Durchschnitt nationaler gesinnt ist als manche andere Nation. Das heißt jedoch noch nicht, daß in Ungarn Regierung und öffentliche Meinung entschlossen sind, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit über die Mächte der Kleinen Entente herzufallen. Der ausländische Zeitungsleser interessiert sich nur dann für Berichte aus Ungarn, wenn sie Sensationen enthalten.

Der südslawische Außenminister Nintschitsch hat sich unlängst dahin geäußert, Ungarn solle doch endlich jene Interessengemeinschaft erfassen, die zwischen ihm und allen anderen kleinen Staaten Mitteleuropas besteht. Erst dann würden zwischen den Nachbarn bessere Beziehungen zustande kommen. Nun, das ist eine in ihrer Einseitigkeit unerfüllbare Forderung. Wie soll die ungarische öffentliche Meinung, die es begreiflicherweise noch nicht verwunden hat, daß zwei Drittel der heiligen ungarischen Stephankrone an die Serben, Tschechen und Rumänen gefallen ist, einsehen können, daß sich der ungarische Staat mit seinen Nachbarn in Interessengemeinschaft befindet, obwohl sich dieselben zur Kleinen Entente gerade mit der Spitze gegen Ungarn zusammengeschlossen haben? Hier müßte der erste Schritt von den sogenannten „Siegerstaaten" geschehen. Statt dessen sind sie in ihrem ganzen nachbarlichen Gebaren viel mißtrauischer als das zertrümmerte kleine Land selbst. Dieses Verhältnis ist ganz ähnlich der ängstlichen Nervosität Frankreichs gegenüber dem entwaffneten Deutschland. Es ist richtig, daß es in den ungarischen Parteien, und zwar sowohl bei den demokratischen wie bei den christlichen, zahlreiche Legitimisten gibt. Sie arbeiten jedoch lediglich propagandistisch daran, daß der legitimistisch-monarchistische Gedanke im Volke nicht einschlafe. Die Möglichkeit eines neuerlichen Putschversuches ist seit Jahren — schon aus psychologischen Gründen — vollständig ausgeschlossen. Trotzdem wird jede rein prinzipielle Aeußerung legitimistischer Natur mit Hilfe des Presseapparates, besonders des Herrn Benesch ungeheuerlich aufgebauscht. Dagegen könnte die ungarische Regierung nur eines machen: die legitimistische Meinungsäußerung mit Brachialgewalt unterdrücken! Verlangen das die radikal-demokratisch-liberalen Regierungen der Herren Paschitsch, Benesch und Bratianu von dem Grafen Bethlen? Immerhin gibt es Stimmen im Lande, die meinen, daß es wünschenswert wäre, daß im außenpolitischen Interesse Ungarns die legitimistischen Wortführer Graf Apponyi, Graf Andrassy eine größere Zurückhaltung an den Tag legten.

Eine andere Quelle der Verleumdungen ist die kommunistische, radikal-sozialistische und linksradikal-bürgerliche Emigration. Nach dem Zusammenbruch der Kommune im August 1919 haben es verschiedene sozialistische und bürgerliche Politiker der Karolyi-Regierung für angezeigt gehalten, das Land zu verlassen. Viele sind in der Zwischenzeit nach Hause zurückgekehrt, andere wieder schmieden noch immer im Auslande ihre Pläne bezüglich des gewaltsamen Sturzes des jetzigen Regimes. Graf Bethlen ist der Ansicht, daß die Revolutionäre keine Amnestie verdienen. Es sei zu befürchten, daß sie, zurückgekehrt, sofort wieder daran gehen würden, die Ordnung umzuwerfen. Man wird dem ungarischen Ministerpräsidenten in dieser Hinsicht nicht ohne weiteres zustimmen können. Das ungarische Volk ist in seinem ganzen Wesen konservativ veranlagt. Die Linksrevolution war in Ungarn nur der Augenblickserfolg eines kleinen Kreises von Radikalen, die sich der Herrschaft bemächtigten, als die Nation in der fürchterlichsten Erschöpfung und Verzweiflung ohnmächtig darniederlag. Ein zweitesmal kann Ungarn nicht mehr radikalisiert werden. Es ist zu befürchten, daß die im Auslande ihr eigenes Vaterland ungehindert Schmähenden mehr Schaden tun können, als wenn sie unter der Kontrolle der gesamten öffentlichen Meinung wieder in der Heimat ihre politische Tätigkeit aufnehmen würden.

Allerdings ist zu befürchten, daß es auch nach der Rückkehr der Ausgewanderten immer noch Leute außerhalb der rot-weiß-grünen Pfähle geben wird, die ein Interesse daran zu haben glauben würden, über die jetzigen politischen Verhältnisse Ungarns nur Schlechtes zu sagen und zu schreiben. Denn leider denken nicht alle Demokraten so, wie Graf Bernstorff, der vor Jahr und Tag erklärte, ihn beeinflusse es in der Kritik Ungarns keinesfalls, ob das jeweilige ungarische Ministerium als konservativ oder als liberal anzusprechen sei. Die Magyaren zählen eine ganze Anzahl hervorragender politischer Charaktere, die zu keiner der Parteien gehören. Über die Mehrheitspartei des Grafen Bethlen kann kaum gesagt werden, sie sei konservativ oder sie sei liberal! Das jetzige Regime wird von ziemlich Linksstehenden ebenso bekämpft wie unterstützt, und die Rechtsstehenden haben noch mehr Schattierungen. Sie sind zum Teil begeisterte Freunde Bethlens, zum Teil dessen erbitterte Gegner, aber es gibt auch solche Rechtsstehenden, die Bethlen von Fall zu Fall folgen oder im Stich lassen.

Staat und Kulturautonomie.

Hans Behrendt-Marburg.

Es will in unserer Zeit der politischen Schlagworte, die oft nur dazu geformt werden, um Zeitprobleme vorzutäuschen, viel bedeuten, wenn endlich an die Stelle schöner Reden und Versprechungen auf dem Gebiete des Minderheitenrechts die Tat getreten ist. Zur Zeit der Revolution begann es mit den „politischen Drahtziehern", das „Selbstbestimmungsrecht der Völker", aus dem durch eine geschickte Geste der Westmächte die „Minoritätenfrage" wurde, das „Minoritätenproblem", die „Kulturpolitischen Belange" und die „fremdvölkischen Splitter", alles war schon viel zu sehr Schlagwort geworden, über dem man nur zu leicht den eigentlichen Kern des Problems vergaß. — Seit im estländischen Parlament am 5. Februar d. J. das Autonomiegesetz als erste volle Minderheitenkulturautonomie der Welt angenommen worden ist, wird sich der nationale Ausgleich und der wahre Kulturfortschritt auch in den anderen Nationalitätenstaaten Europas nicht aufhalten lassen.

Die Presse hat denn auch die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Ereignisses gebührend gewürdigt. So schreibt die „Tägl. Rundschau": „All den Völkern, die sich so ungeheuer viel auf ihre traditionelle Demokratie und Toleranz einbilden, sei dies Dokument einer vernünftigen Demokratie vorgehalten, das ein kleines und unbedeutendes Volk geschaffen hat, das aber dadurch an die Spitze aller Völker Europas getreten ist", und die „Vossische Zeitung" bemerkt: „Dieser Fortschritt, wenn er auch nur in einem kleinen Lande geschehen ist, wird nicht verfehlen, allen Minoritäten eine Stärkung ihrer berechtigten Ansprüche zu geben."

Über den Umfang und die Bedeutung des Autonomiegesetzes ist genügend berichtet worden, so daß wir nicht näher auf das Gesetz selbst einzugehen brauchen, es kommt uns vielmehr darauf an, einmal die Berechtigung des Anspruchs der Minderheiten auf Autonomie zu entwickeln, ferner die Stellung der Autonomie zum Staat zu betrachten, so weit das im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes möglich ist. Um einen Anspruch auf Autonomie handelt es sich also, und man darf eine Autonomie nicht etwa als einen besonderen Gnadenakt des sie gewährenden Staates ansehen. Daß ein Staat beim besten Willen nicht fähig ist, die Pflege der Kultur seiner fremdnationalen Volksteile zu übernehmen, die auf einer eigenen kulturellen Überlieferung weiterbauen müssen, das ist die fast selbstverständliche Einsicht, auf der die Forderung kultureller Autonomie fußt. Es ist bezeichnend, daß dieser Gedanke zuerst in den baltischen Staaten feste Form annimmt. Denn gerade die Haltung der Deutschbalten gegenüber der estnischen und lettischen Kultur in den früheren Zeiten beweist uns, daß man auf sein eigenes Volkstum stolz sein, seine eigene Kultur pflegen kann, ohne die fremde Kultur gering zu achten. Das Recht der Minderheiten, das darf nie vergessen werden, ist mehr als eine bloße juristisch-politische Spitzfindigkeit, es ist vor allem stark im Geistigen und Moralischen verankert.

Von seiten der Staaten, die durch Minderheitenschutzverträge in mancher Hinsicht gebunden sind, wie z. B. Polens, wird im allgemeinen die Ansicht vertreten, als bedeute ein solcher Vertrag eine Mißachtung der staatlichen Souveränität. Man glaubt, die Minderheitenverträge nur einhalten zu müssen, wenn alle Staaten vom Völkerbund in gleicher Weise in Sachen der Minderheitsrechte behandelt werden (vergl. Auslanddeutsche, Jahrg. VIII, Nr. 1). Aus solcher Haltung ergibt sich die Notwendigkeit einer internationalen Garantie der Minderheitsrechte; Voraussetzung wäre dafür allerdings, daß diese Rechte nicht nur in gewissen Staaten, sondern durchweg in der zivilisierten Welt zur Anerkennung gelangen. Mit der internationalen Garantie wäre dann auch ein Beschwerdeverfahren gegeben, das die heutige Unzulänglichkeit des Verfahrens, die sich ja gerade in Polen nur zu oft fühlbar macht, beseitigt. Vorläufig hat es, wie es scheint, mit dieser internationalen Garantie noch weite Wege.

Wir kommen niemals über die Tatsache hinweg, daß das Völkerrecht aus den Pariser Diktaten nicht mit Überzeugungen, sondern mit Zwang rechnet; und erscheint es nicht als schicksalhafte Fügung, daß gerade die Westmächte, die das „Selbstbestimmungsrecht" zur politischen Waffe im Kampf geschmiedet, und als es ihnen dann doch politisch bedenklich erschien, ein „Minderheitenrecht daraus gemacht haben, eine Krisis im Völkerrecht heraufbeschworen haben? Freilich war dieser Konflikt zwischen Völkerrecht und Volksrecht schon im politischen Geschehen des 19. Jahrhunderts vorbereitet, aber zur brennenden Frage ist er doch erst heute geworden (vergl. Szagunn im Archiv f. Pol. und Gesch., 1. Jahrg., S. 112 ff.). Dem Selbstbestimmungsrecht der Völker (das sich mit dem Minderheitenrecht geschichtlich zurückleiten läßt auf die Lösungsversuche in den Dekreten Katharinas II. (1763), Alexander I. (1803), die Wiener Schlußakte (1815), den Berliner Kongreß, 1878) verdanken heute eine Reihe von Staaten ihr neues Dasein, aber die Staaten denken gar nicht daran, ihren Minderheiten, die zur Selbstbestimmung politisch und kulturell wohl fähig wären, diese Selbstbestimmung zu gewähren. Beachten sie dabei gar nicht, daß sie damit die Grundlage ihrer eigenen Existenz verleugnen? Man ist weit davon entfernt, die Selbstbestimmung gelten zu lassen, denn das Mindeste, was man dann gewähren müßte, wäre die körperschaftliche Zusammenfassung der Minderheiten, eben im Sinne einer Kulturautonomie.

Man hält sich lieber an das schöne Wort „Minoritätenrecht", das die verschiedensten Auslegungen gestattet. Das Staatsvolk, die Mehrheit, gewährt den Minderheiten, was ihnen im Staate an „minderen" Rechten zukommt; etwas Beigeschmack vom Bürger zweiter Klasse bleibt immer. Das Wort „Minderheitenrecht" enthält also schon an sich eine Unklarheit, die leicht zu einer völligen Verkennung des Problems führen kann. Das Minderheitenrecht, wie es sein soll, wird sich niemals im Sinne des individualistisch-demokratischen Staates, der nur mit rechnerischen Erwägungen und toten Zahlen arbeitet, in die Wirklichkeit umsetzen lassen. Es ist doch vielmehr so, daß „das Minderheitenrecht, wie es sein soll, sich gewissermaßen als Diagonale aus einer beträchtlichen Anzahl von Komponenten ergibt, unter denen die Lebensenergie und der Wert der beteiligten Nationalität, des beteiligten fremden Staats und der in ihm herrschenden Nation voranstehen" (vergl. Szagunn).

Gerade der Wertmaßstab ist besonders zu betonen, mit ihm ist ohne weiteres gegeben, daß eine rein mechanisch-rechnerische Lösung der Frage nicht möglich ist. In welchem Ausmaß würde man z. B. ein gerechtes Minderheitenrecht für die Deutschen in Polen festlegen müssen, falls sich beweisen ließe, daß die kulturelle Einstellung der deutschen Volksangehörigen für Polen von wesentlichem Vorteil immer gewesen ist und noch ist? — Daß diese Frage auch für die Beurteilung der Kulturautonomie in den baltischen Staaten wichtig ist, zeigt uns Baron von Mahdell (Balt. Blätter, 8. Jahrg., Nr. 6), er schreibt: „So geriet auch der Gedanke der nationalen Selbstbestimmung in seiner Ausgestaltung in demokratische Gewalt und damit unter die Herrschaft der toten Zahl. Es begann ein Zählen ohne Wägen — ein Zählen ohne Vernunft und Sinn. In unserer Heimat geschah es dabei, daß festgestellt wurde, wir Balten hätten nicht lediglich den neuen „Staatsvölkern" nachzustehen, sondern auch anderen uns an Kopfzahl überlegenen Völkergruppen im Lande, obwohl diese nie eine kulturelle Bedeutung für das Land gehabt hatten. Der ganze Widersinn der mechanischen Bewertung der „Minoritäten" nach der Kopfzahl wird um so augenfälliger, wenn wir uns dessen erinnern, „daß die Kultur der heutigen „Staatsvölker" unserer Heimat von uns herstammt, daß wir ihnen die Grundlage dessen, was sie kulturell besitzen, gegeben haben." . . . „Demokratische Doktrinen wollen alles auf die tote Zahl aufbauen, auch unsere Zukunft. Wo aber solche Doktrinen zur Auswirkung kommen, da bedeuten sie eine Zersetzung überhaupt jeder Kultur."

Es wird hier Kritik geübt an der modernen Demokratie individualistischer Prägung. In mancher Hinsicht läßt sich diese Kritik mit den Gedankengängen moderner Staatsrechtslehrer, etwa Othmar Spanns, in Zusammenhang bringen. In der Tat wird aus einer Gegenüberstellung des individualistischen und des universalistischen Staates eine tiefere Einsicht in die Frage des Verhältnisses der fremdvölkischen Minderheiten zum Staate zu gewinnen sein. Denn was für das Verhältnis der Minderheit zur Mehrheit im Parteileben des parlamentarischen Staates gilt, wird in verstärktem Maße für das Verhältnis der völkischen Mehrheit zur völkischen Minderheit im Staate Geltung besitzen. Wir stehen heute, wenn nicht alle Anzeichen trügen, mitten in einem Prozeß der Umbildung des parlamentarischen Systems der demokratischen Staaten; dieser Prozeß muß aus der mechanischen Vereinzelung zur organischen Vergemeinschaftung führen. Bevor diese Umsetzung der Grundlagen in den demokratischen Nationalitätenstaaten nicht abgeschlossen ist, wird auch eine gerechte Eingliederung der nationalen Minderheiten in die Staatsnationen nicht erfolgen können, der Oppositionsgeist wird weiter herrschen, und das Nationalitätenproblem wird weiter internationales Streitobjekt sein.

Wir können die allgemeine Krisis der heutigen Zeit aus dem Widerstreit individualistischer und universalistischer Triebkräfte auf allen Gebieten des geistigen Lebens begreifen. Im inneren Leben der Staaten drückt sie sich aus in dem Gegensatz zwischen dem überlebten „demokratisch-atomisierenden" Rechtsstaat einerseits und dem organisch gewachsenen Kulturstaat andererseits. Der einseitige Rechtsstaat schaltet bewußt beim Aufbau der Gesellschaft jeden Wertgrundsatz aus, während der Kulturstaat in der freien Entfaltung der besten geistigen Kräfte das Höchstmaß geistiger Verbindung anstrebt.

Je nachdem man sich individualistisch oder universalistisch zum Staate stellt, wird man auch den Begriff der Gerechtigkeit im Staate in anderem Lichte sehen. Und die Gerechtigkeit sollte doch im Leben des Staates die Grundforderung sein; denn schon Augustinus hat das Wort geprägt (Vom Gottesstaat IV, 4): „Wird die Gerechtigkeit beiseite geschoben, was sind dann die Staaten anders als große Räuberbanden".

Dem Individualisten wird die „unbehinderte Selbstbewegung" des Einzelnen als das wesentliche Merkmal einer ausgleichenden Gerechtigkeit im Staate erscheinen. Das klingt zunächst recht freiheitlich. Vergegenwärtigen wir uns aber die Folgen, die das in der Praxis des demokratischen Staates hat, so erkennen wir, daß der einzelne Staatsbürger „punkthaft-isoliert" erscheint, er wird zum „gleichen politischen Atom", der Staat wird zu einer Summe gleicher Bestandteile. Aber wie ist es mit dieser Gleichheit und mit der Freiheit des einzelnen Staatsbürgers? Dem individualistisch eingestellten Bürger muß die Freiheit seines Mitbürgers zunächst unter dem Gesichtspunkt einer Beschränkung seiner eigenen Freiheit erscheinen. Es ist zu verstehen, daß er schließlich, wenn wir es extrem ausdrücken wollen, den Grundsatz gelten läßt: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Und die Gleichheit?

Die Zusammenfügung der Bürger, der „Gesellschaftsatome", zum Staat ist im wesentlichen mechanisch. Die „Willensentschlüsse" der Gesellschaft werden durch zahlenmäßige Mehrheit herbeigeführt. Entscheidend wirkt hierbei schließlich nicht die wahre Willensbildung der Mehrheit, sondern die geistige Macht einzelner, der Führer, die ihren Führerwillen der Masse aufzwingen; denn die Masse ist an sich willenlos, nur zu oft politisch unmündig, ohnmächtig. Schon Plato beurteilt die Demokratie sehr scharf: „sie ist herrschaftslos, buntscheckig, so etwas wie Gleichheit, gleichmäßig an Gleiche und Ungleiche verteilt." Und Aristoteles ergänzt ihn: „Das demokratische Recht ist die Gleichheit nach der Kopfzahl und nicht nach Wert und Würdigkeit"; „was in den Demokratien zu Hause zu sein pflegt, das alles pflegen auch die Tyrannen".

Was vorhin für die Beziehung des einzelnen Bürgers zum Mitbürger galt: der Grundsatz: Auge um Auge, Zahn um Zahn, wird sich naturgemäß auf das Verhältnis der einzelnen Parteien zu einander übertragen. Im parteilichen Getriebe des individualistischen Staates wird der Grundsatz der „entgeltenden" Gerechtigkeit zur Anwendung kommen. Das wird sich gegenüber

jeder Minderheit auswirken, und es ist klar, daß es sich besonders verhängnisvoll gegenüber einer fremdstämmigen Minderheit auswirken muß.

Von hier aus gesehen, erscheint die herkömmliche Demokratie durchaus nicht als die Staatsform, die, wie man wohl behauptet hat, am meisten fähig sei, Minderheiten aufzunehmen. Dazu bedarf es doch eines grundsätzlich anderen Aufbaus, als wir ihn in der individualistischen Demokratie der Jetztzeit finden. Und ein solcher Aufbau ist nur von der universalistischen Einstellung her möglich. Nicht „entgeltende" Gerechtigkeit, sondern „hingebende" soll herrschen, eine Gerichtigkeit als durchaus sozialer Begriff, als Begriff, „der nur in Ganzheit, in Gemeinschaft, in einem Organischen sinnvoll ist". Diese Gerechtigkeit schließt „das geistige Lebenshöchstmaß sowohl des Ganzen, wie jedes Teiles in sich".

Mit der Auffassung des Organischen ist auch gegeben, daß nicht eine mechanisch-isolierte Gleichheit der Glieder eines Staates ausschlaggebend ist, vielmehr bedarf es einer auf geistiger Wertung beruhenden Gleichheit zum Zwecke organischer Eingliederung in das Ganze des Staates.

Was hat das nun mit dem Recht der Minderheiten zu tun? Wir haben doch eine Verfassung, und Polen z. B. hat ja die Minderheitenrechte in der Verfassung festgelegt!

Wir hatten festgestellt, daß die individualistische Staatsform an sich zu einer verhängnisvollen Lage der Minderheiten führen muß, da ja in ihr nichts anderes gilt, als die absolute Herrschaft der Mehrheit der Staatsbürger über deren Minderheit. Sie tut es um so mehr, als bei den vom Muttervolk abgetrennten Gliedern einer Nationalität der Gegensatz zwischen „punkthafter Isoliertheit" als Staatsbürger und organischer Geistverbundenheit mit einem staatsfremden Volkstum tief empfunden wird. Und gerade aus diesem Gegensatz heraus läßt sich die Tendenz der Nationalitäten verstehen, sich im fremden Staat körperschaftlich zusammenzuschließen. Die Körperschaft der nationalen Minderheit will „Verbandspersönlichkeit des öffentlichen Rechts sein, mit staatlich nicht gebundener Willensbildung, freier Bestellung der Oberen aller Grade, voller Vermögensfähigkeit und uneingeschränkter Besteuerungsbefugnis, also nationale Körperschaft als Rechtsträger und Rechtswahrer", kurzum, die Minderheit will Kulturautonomie. (Vergl. Szagunn, V, Recht d. nat. Minderh. Archiv f. Pol. u. Gesch. I.) Eine Festlegung der Rechte in der Verfassung hat für die Minderheit nur Wert, wenn ohne den Willen der Minderheit eine Änderung dieser Rechte nicht geschehen darf. Und das kann die Minderheit nur erreichen, wenn sie als Körperschaft auftritt.

Also soll, so wird der Gegner der Autonomie sagen, ein Staat im Staate geschaffen werden?

Der Gegner der Autonomie beweist dadurch nur, daß er ein Anhänger der rein formalen Demokratie ist. „Die formale Idee der Demokratie kann über den Widerspruch zwischen Volkssouveränität und nationaler Selbstbestimmung nicht hinauskommen. Sie kann das Problem, das sie selbst erzeugt hat, aus sich nicht lösen. Es weist über sie hinaus." (Wolzendorff, Grundged. d. Rechts d. nat. Minderh., 1921, S. 9.)

Man darf in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, daß der Minderheit durch ein Autonomiegesetz nicht nur Rechte gegeben werden, sondern daß ihr aus dem Gesetz auch große Pflichten erwachsen, während das Gesetz den Staat in vieler Hinsicht entlastet.

Von einer grundsätzlichen Opposition der Minderheit wird gerade nach einem gerechten Autonomiegesetz keinesfalls mehr zu sprechen sein. Es wird doch vielmehr so sein, daß mancher Vorwurf, der bisher den Staat traf, von nun an die verfassungsmäßigen Organe der Minderheit selbst treffen wird; es wird ferner im eigenen Interesse der Minderheitenorganisation liegen, das geschaffene Werk nicht durch eine falsche Entwicklung der Kräfte zu gefährden. Von einer Entwicklung eines „Staates im Staate" kann also gar nicht die Rede sein; denn es wird im Interesse der Minderheit liegen, positive Leistungen auf kulturellem Gebiet zu zeitigen, die dem Staate nur zugute kommen können.

Es sollten den Staaten bei dem ganzen Minderheitenproblem immer auch die höchsten Ziele der Menschheit vorschweben, nicht nur um einen Kampf um oder für staatliche Macht handelt es sich; sondern es kommt darauf an, „Lebenswerte zu schaffen in Arbeitsgemeinschaften, die getragen sind von dem Recht, das die schaffenden Menschen selbst sich bilden aus den genossenschaftlichen Bedürfnissen ihrer sozialen Position und Funktion heraus; das sie finden aus ihrem inneren Rechtsbewußtsein. Es ist das jenes Recht, das die Genossen sozialer Lage verbindet im Staat und zwischen den Staaten; ein Recht, über dem als Hüter steht die ordnende Macht des Staates und als letzte Krönung die Rechtsmacht eines wahren Völkerbundes, der die Staaten zusammenfaßt und das Recht wahrt über den zusammenwachsenden, sich selbst verwaltenden Gemeinschaften des sozialen Leben." (Wolzendorff, S. 87.)

Die Tagung des Völkerbundsrates.

Dem „Kurjer Poznański" wird aus Paris gemeldet: Am 8. Juni tritt in Genf der Völkerbundsrat unter dem Vorsitz des Delegierten Spaniens, Quinones de Leon, zu seiner 34. Session zusammen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundsrates wird die Einsetzung der Kontrolle des Völkerbundes in dem militarisierten Teil der Rheinlandzone sein. Von polnischen Angelegenheiten befindet sich die Angelegenheit der Briefkästen in Danzig und die Angelegenheit der polnischen Minderheit in Litauen auf der Tagesordnung. Außerdem wird der Völkerbundsrat Stellung nehmen zur Lage der bulgarischen Minderheit in Griechenland, der griechischen Minderheit in Konstantinopel, der türkischen Minderheit in Kroatien sowie der ungarischen Minderheit in Rumänien und im Banat. Eine Genfer Meldung des „Kurjer Pozn." lautet: Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat sich an den Danziger Völkerbundskommissar Mac Donell mit dem Vorschlag gewandt, Vertreter Polens und der Freistadt Danzig zur kommenden Session des Völkerbundsrates einzuladen. Einer der Programmpunkte der Arbeiten des Rates sieht die endgültige Erledigung des Postkonfliktes zwischen Polen und Danzig vor, wobei der Völkerbundsrat das Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes annehmen wird. Der Völkerbundsrat wird auch die Linie des Danziger Hafens genauer bezeichnen, und in dieser Hinsicht erscheint es unzweifelhaft, daß der Rat die Hafengrenzen zu Polens Gunsten ziehen wird, indem er die noch vom Kommissar Haking abgesteckte Grenzlinie beläßt und somit die ganze Stadt mit der nächsten Umgebung als Hafen anerkennen wird, und nicht nur den Teil, in dem sich die Landungsstelle für die Schiffe befindet. (Der „Kurjer Pozn." als Prophet nimmt sich ganz ausgezeichnet aus. Wir wollen lieber abwarten, was geschehen wird. Red. d. „Pos. Tagebl.")

Vom deutschen Danzig.

Eine polnische Meldung aus Danzig lautet: „Vor einigen Wochen riefen in der hiesigen Presse Artikel polnischer Blätter über verschiedene alldeutsche Kongresse, die zu bestimmten Zeitpunkten in Danzig veranstaltet wurden, große Entrüstung hervor. Die deutsche Danziger Presse ging entrüstet gegen diesen tendenziösen polnischen Feldzug, wie sie behauptete, vor und erklärte, daß die in Danzig veranstalteten deutschen Kongresse nur sachlichen und fachlichen Charakter hätten.

Die deutschen Behauptungen sind jedoch durch mehrere Reden, die am Sonntag auf einem Empfang, der vom Danziger Senat im Zusammenhang mit der Erörterung des alldeutschen Ärztekongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose gegeben wurde, Lügen gestraft worden. (!) Dieser Empfang verwandelte sich in eine große politische Kundgebung, die nichts gemein hatte mit medizinischen Arbeiten und bestrebt war, den deutschen Charakter Danzigs und seine unzertrennliche Verbindung mit dem Deutschen Reiche zu betonen.

Das alldeutsche Festmahl eröffnete Herr Sahm mit einer Rede, in der er die kulturelle und geistige Verbindung Danzigs mit dem Deutschen Reiche, sowie die Notwendigkeit der Vertiefung derselben hervorhob und den Gästen dankte, die trotz unerhört schwerer Reisebedingungen den Weg nach dem deutschen Danzig gefunden hätten. Wir Danziger, so schloß Sahm, empfinden mehr als sonst jemand die Notwendigkeit kultureller Gemeinsamkeit mit Deutschland.

Der nächste Redner, der Danziger Staatsarchivbeamte Recke, bemühte sich in seiner Rede zu zeigen, daß alle polnischen Behauptungen über angeblich polnische Anfänge Danzigs und seinen Wohlstand zu Zeiten der Zugehörigkeit zu Polen unwahr seien. Danzig, so sagte Recke, war von Anbeginn seines Bestehens stets deutsch. (Das ist auch die Wahrheit!)

Am charakteristischsten war die Rede eines der Kongreßteilnehmer, des Dr. Buhmel, der seine Rede mit folgenden Worten schloß: Mit Scham im Herzen und mit geballter Faust sind wir durch den polnischen Korridor gefahren, eigentlich altes deutsches Land, das uns geraubt worden ist, aber in Danzig haben wir uns wie daheim und wie in einer starken deutschen Festung befunden."

*

In diesem Bericht ist deutlicher als sonst gesagt, daß Danzig, dem deutschen Danzig, die deutsche Geistes- und Kulturgemeinschaft nötig sei. Was darin „hakatistische Umtriebe" sein sollen, das ist unerfindlich. Seit wann darf eine Volksgemeinschaft sich nicht kulturell und geistig solidarisch erklären? Selbstverständlich tut Danzig die deutsche Kulturgemeinschaft not, und diese deutsche Kulturgemeinschaft ist nicht nur eine Sehnsucht der Danziger Deutschen, sie könnte auch ruhig die Sehnsucht noch ganz anderer Völker sein. Amerika, England, Italien — überall wird neuerdings wieder die deutsche Kultur- und Geistesgemeinschaft gesucht — und den deutschen Danzigern sollte das verboten sein?

Aber wir wollen die Danziger nicht verteidigen, die werden selber wissen, was sie zu sagen haben. Wir wollen nur auf ein Gegenstück hinweisen, auf den Ärztekongreß in Paris und auf die patriotischen Reden, die man dort gehalten hat. Wir könnten die verschiedensten Beispiele anführen, wenn wir uns nur die Kongresse vergegenwärtigen, die in den letzten Jahren z. B. in Polen abgehalten worden sind und die auch fachlichen Charakter getragen haben. Wenn man andere verurteilt, **muß man es selber zunächst einmal besser machen.** So lange das nicht geschieht, ist alle Erregung nur ein künstliches Schnauben, das der ohnmächtigen Wut oder der — sagen wir — Unklugheit entstammt.

Der „Kurjer Poznański", der diese polnische Meldung bringt, sollte sich nur ruhig an seine edle Nase fassen und nicht in Dinge hineinreden, in die er am allerwenigsten hineinzureden ein Recht hat.

Der Herr Bürgermeister von Gnesen berichtigt.

Die Übernahme des Krankenhauses „Bethesda" am Gründonnerstag durch den Magistrat von Gnesen, unter Leitung des Herrn Bürgermeisters Hensel, der einen so reinen polnischen Namen trägt, hat in der ganzen Welt eine große Erregung hervorgerufen, besonders deshalb, weil es sich hier um eine Maßnahme gehandelt hat, die entgegen den Verfügungen des Gemischten Schiedsgerichts in Paris (dem auch ein polnischer Richter angehört) erfolgt ist. Wir haben über diesen traurigen Fall, der sich gegen ein Institut richtete, das der Menschenliebe dient, ausführlich berichtet und wir verweisen auf die Ausgaben des „Pos. Tgbl." Nr. 85 und 87, in denen wir ausführlich berichtet haben. Der Bericht erfolgte am 16. April 1925. Am 25. Mai 1925, also fünf Wochen später, sendet uns der Herr Bürgermeister Hensel eine Berichtigung, indem er uns den folgenden Brief schreibt:

Magistrat.

L. dz. I 1126/25. **Gniezno, den 25. Mai 1925 r.**

An die Redaktion des
„Posener Tageblatt"
in Poznań.

In Ihrer Zeitung vom 16. 4. 1925 Nr. 87 ist ein Artikel unter dem Titel:

„Wie das deutsche Krankenhaus Bethesda in Gnesen besetzt wurde"

abgedruckt worden. Dieser Artikel enthält unwahre Behauptungen. Sie werden daher hiermit gebeten, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom 7. 5. 1874 folgende Berichtigung zu veröffentlichen:

1. Es ist nicht wahr, daß unterdessen (also während der Übernahme) mehr als die Hälfte der größtenteils polnischen Kranken das Krankenhaus verlassen hatte.

   Die Übernahme erfolgte am Gründonnerstag. Anläßlich der unmittelbar bevorstehenden Osterfeiertage haben am Freitag und Sonnabend 15 Personen (auf 53 anwesende Kranke) das Krankenhaus verlassen, und zwar mit Zustimmung des leitenden Arztes. Bei allen als geheilt Entlassenen war die Temperatur unter 37 und der Puls unter 80 gewesen.
2. Es ist nicht wahr, daß sämtliche Schwestern ihres Amtes enthoben wurden. Sämtliche Angestellte sind vielmehr um Mitarbeit gebeten worden. Sie haben jedoch alle solidarisch passiven Widerstand geleistet und bis auf 9 Schwestern eigenmächtig sofort das Krankenhaus verlassen. Nur einzig und allein Herr Dr. Schittek ist seinen Pflichten weiter nachgekommen. Sein Dienstverhältnis besteht auch noch heute.

   Selbst den im Krankenhaus verbliebenen Schwestern ist wiederholt von dem leitenden Arzt weitere Mitarbeit angeboten worden. Sie verweigerten jedoch weder die weitere Mitarbeit, noch das freiwillige Verlassen des Krankenhauses.

Magistrat (—) Hensel.

*

Abgesehen davon, daß diese „Berichtigung" reichlich spät erscheint, müssen wir gestehen, daß sie noch nebenbei ein bißchen seltsam anmutet. Die großen und schwerwiegenderen Vorwürfe werden nicht „berichtigt", auch der ganze Verlauf der „Übernahme", der doch wirklich jedem Brauch widersprochen hat, wird nicht berührt, nur zwei ziemlich nebensächliche Fragen werden berichtigt. Was das „freiwillige Verlassen der Hälfte aller Kranken" betrifft, so verweisen wir darauf, daß wir ja gar nicht gesagt haben, ob sie geheilt oder ungeheilt waren. Und wenn es sich nur um 15 Kranke von 53 gehandelt hat, so sind das zwar nicht die Hälfte aller Kranken, aber ein Drittel, was ist hier an der reinen Tatsache geändert?

Und die zweite „Antwort": Wir haben gar nicht bestritten, daß die Schwestern „aufgefordert" worden sind, weiter zu bleiben — aber wir haben ebenso entschieden gesagt, daß die Schwestern gegen diese „Übernahme", die dem Schiedsspruch von Paris nicht entsprach, nur durch passive Resistenz sich gegen das Vorgehen des Magistrats von Gnesen verteidigen konnten. Und das war nicht einmal eine Verteidigung des guten Rechtes, sondern ein sehr berechtigter und verständlicher Protest. Zu diesem Protest waren die Schwestern berechtigt, denn es handelt sich in diesem Falle um einen Eingriff in eine höhere Entscheidung. Wir hätten lieber über diese ganze Angelegenheit etwas von dem Herrn Bürgermeister gehört, aber es scheint ja gar nicht bestritten zu werden, was in den Hauptberichten gesagt worden ist, und was doch ganz erheblich gerade den Herrn Bürgermeister Hensel belastet.

Dieser schwache Brief hat in Gnesen niemanden rein gewaschen. Dieser Brief hat auf Bethesda noch ein bezeichnendes Licht geworfen, und besonders auf den Herrn Bürgermeister Hensel, der sich von Rechts wegen hätte weigern müssen, seine Hand zu dieser Handlung herzugeben.

Republik Polen.

Skrzyński reist nach Amerika.

Der Gesandte der Vereinigten Staaten Pearson hat im Auftrage seiner Regierung den polnischen Außenminister Skrzyński im Namen des Präsidenten des Williamstown Institute of Politics eingeladen, an den Sessionen des genannten Instituts teilzunehmen und eine Vorlesung über Polen zu halten. Zu diesem Zwecke begibt sich der Minister Mitte Juli nach den Vereinigten Staaten. Er will seinen Aufenthalt in Amerika dazu benutzen, um Washington, Neuyork und Chicago zu besuchen.

Herrn Thugutts Ostmarkenfahrt.

Am Montag ist Minister Thugutt mit dem ihn begleitenden Ostmarkenbeamten Zabierzowski mit dem Schnellzuge aus Wilna von seiner Ostmarkenreise zurückgekehrt. In Wilna hielt er eine längere Konferenz mit dem Regierungsdelegierten ab und informierte sich in Sachen des Fortschritts des Wiederaufbau des Landes, der Sicherheit der Wirtschaftslage und der Nationalitätenverhältnisse. Beim Besuch der Universität konferierte er längere Zeit mit dem Direktor.

Engländer in Danzig.

Die „Agencja Wschodnia" meldet aus Danzig: Danziger Blätter berichten, daß die englischen Parlamentarier, die nach Polen kommen, nach Prüfung der Wirtschaftsverhältnisse in Polen nach Danzig reisen werden, um sich mit dem Wirtschaftsleben der Freistadt bekannt zu machen. Die Parlamentarier werden Gäste des Senats sein.

Tschechische Gäste.

Am 17. Juni wird der tschechische Landwirtschaftsminister Hodża mit 40 Delegierten nach Warschau kommen. Der Ausflug nach Polen ist als Gegenbesuch des Prager Besuchs des polnischen Landwirtschaftsministers Janicki gedacht. Die Gäste werden an den Beratungen des internationalen Landwirtschaftskongresses teilnehmen, der in Warschau stattfinden wird, und eine Reihe von Fabriken, Landwirtschaften und dergleichen besuchen.

Verhandlungen mit Danzig.

Am Montag sind, wie die „Agencja Wschodnia" aus Danzig meldet, die Polnisch-Danziger Zollverhandlungen wieder aufgenommen worden. Seitens Danzigs nehmen die Senatoren Volkmann und Franck mit einer Reihe von Sachverständigen teil, polnischerseits die Herren Ławicki und Koralewski.

Von der Minderheitensektion.

Die Sektion für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten hielt am Montag eine Sitzung ab, in der die Frage der Beschleunigung der Agrarreform und die der Umgestaltung der Regierungsdelegatur in Wilna in eine Wojewodschaft erörtert wurden. Die heutigen Beratungen der Sektion sollen Angelegenheiten des jüdischen Schulwesens gewidmet sein.

Rußland schließt die polnische Grenze?

Wie dem „Kurjer Poznański" aus Wilna gemeldet wird, haben die Sowjets die Schließung der polnischen Grenze angeordnet. Die Wilnaer Presse erklärt diesen Schritt mit der wachsenden antibolschewistischen Bewegung in Weißrußland (!).

Es gibt keine 1000 Złotyscheine.

Da von Zeit zu Zeit 1000 Złotyscheine im Verkehr erscheinen, erinnert die Bank Polski daran, daß der höchste Abschnitt, der sich im Umlauf befindet, 500-Złotyscheine sind. **1000-Złotyscheine sind nicht gesetzliches Zahlungsmittel und können nicht als echt angesehen werden.**

Im Zeichen der Abrüstung.

zek. In Belgrad sind die mit den Verhandlungen über den Abschluß eines militärisch-verkehrstechnischen Vertrages zwischen Jugoslawien und Rumänien betrauten rumänischen Delegierten, General Florescu und Oberst Linderu, eingetroffen.

Das rumänische Kriegsministerium hat 50 neue Fokker-Apparate für die Luftkriegsflotte in Bestellung gegeben.

Die vor einigen Tagen beendeten großen Manöver der amerikanischen Flotte im Stillen Ozean haben das höchst niederschlagende Resultat ergeben, daß die Hawaiinseln eigentlich ganz schutzlos dastehen. Der Staatssekretär des Kriegsdepartements mußte in offener Kongreßsitzung zugeben, daß die Garnisonen der Inseln völlig unzulänglich sind und daß es auch an aeronautischen Abwehrmitteln durchaus gebricht. Infolge dieser Enthüllungen hat in der amerikanischen Öffentlichkeit eine scharfe Bewegung unter dem Schlagwort „Stronger Hawai" eingesetzt. Das Kriegsdepartement hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach der Mannschaftsstand des stehenden Heeres um ein Viertel von 118 000 auf 150 000 erhöht werden soll. Ferner müssen künftighin alle Eleven der Marineakademie ein Jahr Aviatik absolvieren. Gleichzeitig wurde eine parlamentarische Kommission zur Besichtigung der Befestigungsanlagen von Hawai entsendet. Der Kriegshafen von Honolulu soll zu einem Gibraltar des Stillen Ozeans ausgebaut werden.

Die japanische Regierung, welche sich sowohl durch die amerikanischen Flottenmanöver als auch durch den Ausbau des englischen Singaporestützpunktes irritiert fühlte, betrachtet die Pläne bezüglich Hawai als offene Drohung. Es verlautet, daß auch Japan noch in diesem Jahre ein exorbitantes Flottenmanöver veranstalten werde, das schon binnen der nächsten Wochen stattfinden soll.

Tagung deutscher Kulturforscher in Frankfurt a. M.

Die Tagung deutscher Kulturforscher nahm heute unter starker Beteiligung namhafter Gelehrter aus dem Reich und den Außengebieten in Frankfurt a. M. ihren Anfang. Der Rektor der Universität Frankfurt a. M., Professor Dr. Gelser, hielt die Begrüßungsansprache. „Mehr denn je müssen wir", so führte er u. a. aus, „uns auf deutsche Kultur, deutsche Geschichte und deutsche Eigenart besinnen, die, bedroht von West und Ost, von Nord und Süd, schweren Bedrückungen ausgesetzt sind. Ein großer Teil unserer Volksgenossen in der Heimat steht zudem noch im Kampf um ihre geistigen und kulturellen Güter; mit dankbarer Bewunderung lenken sich heute die Blicke auf ihr Ausharren und ihre Standhaftigkeit. Unser Volkstum muß unser Lebenselement sein; uns ersteht die heilige Pflicht, alle Mittel zu ergreifen, um den gefährdeten Brüdern die Lebenskraft zu erhalten. Dies ist mit der Hauptzweck dieser Tagung. Das Deutschtum ist die Stärke unserer Seele, und die läßt sich der echte Deutsche nicht rauben. Eine große Willensgemeinschaft muß in dieser Richtung wieder, wie früher, die zweckmäßigen und erfolgreichen Wege finden. Dazu bedarf es einer Organisation, an deren Ausbau wir heute arbeiten." Es wurde hierauf in die Beratung eingetreten, die durch einen Vortrag von Professor Dr. Adolf Helbok-Innsbruck über das Thema „Das Oberdeutsche Haus" eingeleitet wurde. Dann sprachen Professor Dr. Hermann Aubin-Bonn und Professor Dr. Frings-Bonn über „Kulturströmungen und Kulturprovinzen im Rheinlande". Die Vorträge wurden durch Lichtbilder gut veranschaulicht und bildeten einen eindrucksvollen Abschluß des Abends.

Professor Sering über die deutschen Agrarzölle.

Wir berichteten schon in voraufgehenden Ausführungen von dem Kampf um die Zollfrage in Deutschland. Nach den letzten Meldungen sollen die Rechtsparteien in ihrer Ansicht über diese Frage einig sein. Sie wollen für die Vorlage stimmen.

Jetzt hat abermals Geheimrat **S e r i n g** in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über diese bedeutsame Frage der deutschen Agrarpolitik längere Ausführungen gemacht. Er führte etwa folgendes aus:

„Ein Vergleich zwischen den Überseegebieten und Deutschland kann heute nicht mehr so zu ungunsten unserer heimischen Landwirtschaft ausfallen wie in den Jahrzehnten vor dem Kriege. Diese Feststellung ist ein Ausgangspunkt für die grundsätzliche Untersuchung, der Frage, ob Schutzzölle für Getreide überhaupt unter normalen Verhältnissen in Deutschland noch notwendig und angebracht sind. Die deutsche Landwirtschaft kann heute sehr wohl mit der der fremden Länder in Wettbewerb treten. Der große natürliche Vorsprung der Überseegebiete ist nicht entfernt der gleiche wie vor dem Kriege geblieben. Rußland, der Hauptgetreidelieferant für Deutschland vor dem Kriege, ist ausgefallen. In Amerika gibt es kein freies Kolonialland mehr. Der Boden ist, je mehr die Vereinigten Staaten in die Weltwirtschaft verflochten werden, genau so wie in Europa in die Hände des Finanzkapitals und der Spekulation gekommen. 50 vom Hundert des Getreidebaues in den Vereinigten Staaten fallen weg, sind in die Hände von Pächtern gekommen, die genau so wie die europäischen Landwirte mit Abgaben und Steuern belastet sind. Die Steuern, die Löhne und Frachten sind gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen und liegen zum Teil beträchtlich über unseren heimischen Preisen. Die Preisschere, das heißt der Unterschied im Anwachsen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produktionsmittel, hat sich in Amerika bereits weitgehend geschlossen. Auch die europäische Entwicklung geht dahin, und in Deutschland würde es bereits zu einem Ausgleich gekommen sein, wenn die industriellen Erzeugnisse nicht unter Hochschutzzoll gestellt wären. Der Weltmarktpreis ist im vergannenen Jahre maßgeblich durch die geringen Ernteaussichten und durch das wachsende Vertrauen zu Europa, im besonderen aber durch die amerikanischen Kredite an Deutschland in die Höhe gegangen. Da die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Erzeugung heute nicht mehr mit dem Tempo der Bevölkerungsvermehrung Schritt hält, bestimmt nicht der billigste Erzeuger wie in der Vorkriegszeit den Preis, sondern der teuerste, noch zur Deckung des Bedarfs heranzuziehende. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß dadurch Deutschland einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des Weltmarktpreises gewinnen. Wenn das bisher nicht der Fall war, so liegt das in der Hauptsache an der deutschen Handels- und Steuerpolitik, im besonderen an der Umsatzsteuer und an der Beibehaltung der Ausfuhrverbote für eine Reihe der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Umsatzsteuer wirkt wie ein Binnenzoll. Die Ausfuhrverbote halten die deutsche Landwirtschaft vom Weltmarkt fern und erlauben ihr nicht, von der Steigerung der Weltmarktpreise Nutzen zu ziehen. Angesichts dieser Lage kann man für die Landwirtschaft grundsätzlich nur Bereitschafts- und Ausgleichszölle zugestehen, das heißt einen Zollschutz, der dann in Kraft tritt, wenn er wirklich nach der Lage des Weltmarktpreises und nach den als gerechtfertigt anzusehenden Preisverhältnissen auf dem Binnenmarkt nötig wird. Darüber hinaus kann sich allerdings die Notwendigkeit ergeben, daß bei Handelsvertragsverhandlungen, um den deutschen Industrieerzeugnissen die Ausfuhr zu erleichtern, landwirtschaftliche Zölle als Verhandlungsinstrument zweckdienlich sein könnten."

Gewerkschaften und Agrarzölle.

Reichslandwirtschaftsminister Graf **K a n i t z** hatte die Spitzengewerkschaften zu einer Besprechung über die vorgeschlagenen Agrarzölle eingeladen. Erschienen waren von den Spitzengewerkschaften der **F r e i h e i t l i c h - N a t i o n a l e G e w e r k s c h a f t s r i n g d e u t s c h e r A r b e i t e r - , A n g e s t e l l t e n - u n d B e a m t e n v e r b ä n d e** und der **A l l g e m e i n e d e u t s c h e G e w e r k s c h a f t s b u n d**. Graf Kanitz beleuchtete in längeren Ausführungen alle Gesichtspunkte, die die Reichsregierung bewogen haben, die landwirtschaftlichen Zölle vorzuschlagen. Von den Spitzengewerkschaften wurde betont, daß es ihnen unmöglich sei, auf Einzelheiten einzugehen. Die Vertreter des Gewerkschaftsringes wiesen auf den vermeintlichen Widerspruch hin, der darin bestehe, daß die landwirtschaftlichen Zölle durch Sicherung einer gewissen Preisgrenze als Anreizmittel zur Intensivierung der Landwirtschaft dienen sollen und daß die Reichsregierung gleichzeitig mit einem Preisdruck der durch die Intensivierung gesteigerten Mehrerzeugung rechne. Es sei zu erwarten, daß namentlich durch die Großlandwirtschaft der Versuch gemacht werde, solche durch vergrößertes Massenangebot ausgelöste Preissenkung durch Kartellisierungsmaßnahmen zu verhindern. Die Folge sei, daß die Zölle das Mittel der Aufrechterhaltung einer die Verbraucherschaft schwer belastenden Preisgrenze würden. Auch die vom Reichsminister betonte geringere Höhe der landwirtschaftlichen Zölle gegenüber den Industriezöllen würde sich in der Praxis wahrscheinlich sehr bald in das Gegenteil verwandeln. Denn der Schwerpunkt liege doch darin, daß für die vier Hauptgetreidearten die Vorlage Mindestzölle vorsehe, die auch sicher oft in sehr weitgehendem Maße durch keine Handelsvertragsverhandlungen als Kompensationsobjekte dienen könnten. Die von den freien Gewerkschaften gestellten Fragen nach der **v o r a u s s i c h t l i c h e n H ö h e d e r B e l a s t u n g d e s e i n z e l n e n V e r b r a u c h e r s** durch die Zölle und nach der wahrscheinlichen Höhe der **E i n n a h m e n f ü r d a s R e i c h** konnten natürlich **n i c h t i n d e r g e w ü n s c h t e n W e i s e b e a n t w o r t e t** werden. Der Reichslandwirtschaftsminister stellte **w e i t e r e B e s p r e c h u n g e n** mit den Gewerkschaften über einzelne Fragen in Aussicht.

Eine Sturmkatastrophe an der bretonischen Küste.

Heldenhafte Retter.

Nach einer Pariser Nachricht ereignete sich auf der Halbinsel Pennarch in der Bretagne eine furchtbare Katastrophe.

Zwei Fischerbarken, die eine mit fünf, die andere mit sieben Mann besetzt, befanden sich noch auf dem Meere, als um 4 Uhr nachmittags plötzlich ein starker Sturm losbrach. Sofort gingen die beiden Rettungsboote der Stationen St. Peter und Perity mit je zwölf Mann Besatzung in See, um die Insassen der beiden Fischerbarken zu retten. In dem Augenblick, in dem sie die Barken erreichten, erhob sich eine ungeheure Grundwelle, die mit einem Schlag die vier Boote zum Scheitern brachte. Eins der Boote drehte sich vollkommen um und schwamm kieloben. Ein Schrei des Entsetzens hallte vom Strande wider, wo die ganze Bevölkerung mit gespannter Aufmerksamkeit den Phasen des Kampfes folgte. Obgleich die Fischer bereits sämtlich Rettungsgürtel angelegt hatten, ertranken sie oder wurden von der Brandung gegen die Klippen geworfen, wo sie eines entsetzlichen Todes starben.

Ein Fischerboot, das vor dem Sturm ebenfalls Zuflucht im Hafen gesucht hatte, eilte den Unglücklichen zu Hilfe und konnte drei Mann von den Rettungsbooten bergen. Ein Fischer namens Legall, der Vorsitzende der Gewerkschaft, hatte gleichfalls vom Strande aus das Unglück beobachtet. Er sprang sofort in sein Boot und eilte allein an den Schauplatz der Katastrophe. „Meine arme Nußschale," so erzählte er später einem Reporter, „tanzte wie ein Korken auf den entfesselten Fluten. Aber ich habe ausgehalten, denn alle meine Gedanken waren auf meine Kameraden gerichtet, die dem Untergang geweiht waren. Es gelang mir, **f ü n f F i s c h e r v o m T o d e d e s E r t r i n k e n s z u r e t t e n.** Zwei weitere hatte ich noch in meine Barke gezogen, aber sie waren bereits tot. Wie ich wieder in den Hafen zurückgekommen bin, weiß ich nicht mehr. Mein Steuer war von den wütenden Wogen weggerissen worden. Ich konnte mein Boot nur mit Hilfe des Segels lenken." Der Tapfere wurde bei seiner Landung enthusiastisch begrüßt. Aber der Tod hatte eine furchtbare Ernte gehalten. Außer den zwölf Mann der beiden Fischerbarken waren 16 Mann der Besatzung der Rettungsboote den Wellen zum Opfer gefallen. Die Unglücklichen hinterlassen 23 Witwen und 46 Waisen.

Aus Stadt und Land.

P o s e n, den 26. Mai.

Polnische Gymnasiasten als Beschädiger der evangelischen Kirche in Kempen.

Das „Kempener Wochenblatt" veröffentlicht in seiner Sonnabendausgabe (Nr. 60) folgenden für sich selbst sprechenden Bericht:

„Am Himmelfahrtstage, dem Tage des Besuches des Herrn Staatspräsidenten in der evangelischen Kirche, war der Kirchendiener früh ½6 Uhr mit dem Ausschmücken der Kirche beschäftigt. Er wurde plötzlich durch **K l i r r e n v o n G l a s** gestört und bemerkte, daß immer wieder **S t e i n e** von der Promenadenseite her **i n d i e K i r c h e g e s c h l e u d e r t** wurden. Der Kirchendiener ging hinaus und sah drei junge Leute, von denen 2 Gymnasiastenmützen trugen. Als diese sich entdeckt sahen, ergriffen sie die Flucht nach dem Hauptbahnhof zu. Der Kirchendiener schlug Lärm, und es gelang den herbeigerufenen Personen, die Fliehenden zu stellen. Nunmehr wurde ein Gendarm herbeigeholt, und es wurden die Namen festgestellt. Es waren die Gymnasiasten Edmund **K o w a l i k**, Kasimir **M i k u l s k i** und Czesław **C z e k a l s k i**. Nach genauer Besichtigung fand man, daß **29 k l e i n e F e n s t e r s c h e i b e n**, auch farbige, zerstört und die Metallfassungen zum Teil durchschlagen waren. Das Werfen mußte mit erstaunlicher Kraft erfolgt sein, um auf diese Entfernung solche Wirkungen zu erzielen.

Das Strafgesetz sieht für eine derartige Kirchenbeschädigung Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren vor. Dieses dürfte den jungen Herren wohl nicht bewußt gewesen sein. Man kann nur staunen, daß junge gebildete Leute, die eine höhere Schule, ein staatliches Gymnasium besuchen, so wenig Achtung vor religiösen Kultstätten haben und sich in derart roher und pöbelhafter Weise benehmen. Der Vorgang ist um so bedauerlicher, als die Spuren der Zerstörung vor dem Besuche des Herrn Staatspräsidenten nicht mehr beseitigt, die Fensterscheiben nicht wieder hergestellt werden konnten."

*

Hierzu bemerken wir folgendes: Es ist dringend erwünscht, daß die drei Gymnasiasten **f ü r i h r m e h r a l s s k a n d a l ö s e s B e n e h m e n s c h l e u n i g s t i h r e e x e m p l a r i s c h e g e r i c h t l i c h e S t r a f e** erhalten, damit das von ihnen gegebene böse Beispiel nicht etwa zur Nachahmung reizt. Leider stehen die Fälle, in denen evangelische Gotteshäuser von nichtsnutzigen Buben mit Steinen bombardiert werden, neuerdings nicht vereinzelt da. Bisher wollte es nur leider niemals gelingen, diese Burschen zu ermitteln. Nachdem das jetzt endlich einmal gelungen ist, muß mit aller Strenge durchgegriffen werden, damit die Sache nicht noch weiter Schule macht!

Zur Einreise nach Polen.

Im „Niederschlesischen Anzeiger" lesen wir:

Von den Reisenden, die zur Erledigung geschäftlicher Abwickelungen oder auch privater Angelegenheiten nach Polen zu reisen beabsichtigen, wurde uns mehrfach berichtet, daß sie betr. Erteilung des Visums beim **p o l n i s c h e n K o n s u l a t i n B r e s l a u** auf **g r o ß e S c h w i e r i g k e i t e n** stoßen. Anfangs wurde eine Einreiseerlaubnis gefordert, ausgestellt von der polnischen Behörde in Polen. Später wurde dies umgeändert; die Reisenden mußten eine Karte oder einen Brief vorlegen, woraus hervorging, daß Verwandte oder Geschäftsfreunde in Polen die Reise wünschen. Jetzt wieder wird verlangt, daß jeder Reisende ein **G e b ü h r v o n 10 M a r k** zu zahlen hat, und zwar dafür, daß das Konsulat sich in Polen erkundigt, ob die Angaben des polnischen Geschäftsfreundes auch richtig sind, mit anderen Worten, man will die deutschen Reisenden aus Polen fernhalten aus Gründen, die zunächst unerfindlich sind. — Um hier einen Wandel zu schaffen und die deutschen Interessen zu vertreten, wandte sich das **m i t t e l e u r o p ä i s c h e R e i s e b u r e a u** an das **A u s w ä r t i g e A m t** und bat hier, für Abhilfe zu sorgen. Was nützt es, wenn ein Antrag auf eine Reise nach Polen vielleicht auf zwei bis drei Wochen hinausgeschoben wird? Vielleicht ist dann die geschäftliche Angelegenheit schon längst zu ungunsten des Reichsdeutschen in Polen entschieden. Das Auswärtige Amt schreibt nun, daß es nicht unterlassen wird, bei den Verhandlungen über den **A b s c h l u ß** eines **H a n d e l s v e r t r a g e s m i t P o l e n** auf die polnische Regierung dahin zu wirken, daß sie ihre Vertretungen in Deutschland anweist, Anträge von deutschen Reichsangehörigen zur Reise nach Polen künftig in **e n t g e g e n k o m m e n d e r W e i s e** zu behandeln.

Zur Frage des pommerellischen Wojewodschaftssitzes

wird der „Dtsch. Rdsch." aus **T h o r n** geschrieben:

Längere Zeit war die endgültige Entscheidung über den Wojewodschaftssitz (Bromberg oder Thorn) unentschieden, und nur den zahlreichen Protesten der Thorner Kaufmannschaft, Behörden usw., den Sitz nach Bromberg zu verlegen, ist es zu verdanken, daß der Wojewodschaftssitz zu Gunsten Thorns entschieden wurde. Einerseits wird diese endgültige Entscheidung hier freudig begrüßt, andererseits aber wird darauf aufmerksam gemacht, daß die gesamte Bevölkerung Thorns mit einer **Z w a n g s a n l e i h e** oder einer besonderen Steuer zur Errichtung des neuen Wojewodschaftsgebäudes belegt werden muß. — Wie aus der Berichterstattung des Stadtverordnetenvorstehers Dr. **D a n d e l s k i** hervorgeht, der selbst in der Hauptstadt die Verhandlungen mit den Staatsbehörden führte, bleiben nur drei Möglichkeiten offen, um die Mittel zum Neubau zu beschaffen: Die Regierung bewilligte hierzu 500 000 zł, und die Stadt Thorn hatte sich s. Zt. verpflichtet, die weiteren Kosten zu übernehmen. Von einer Anleihe in der Postscheckkasse oder einer Auslandsanleihe wurde Abstand genommen, so daß nur eine zwangsweise Besteuerung der Bürgerschaft in Frage kommt, über die künftig die Stadtverordneten zu beschließen haben. In diesem Jahre soll durch eine Steuer die Summe von 150 000 bis 200 000 zł aufgebracht werden und im nächsten Jahre die weitere Summe von 300 000 zł. Mit der Fundamentierung soll schon Anfang August begonnen werden. Das neue Wojewodschaftsgebäude soll zwischen Mellienstraße und dem Roten Weg errichtet werden.

Die entführten Toten.

Roman von H. Stein.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Berry hatte sich in fliegender Hast umgekleidet und eilte nun zu Banks Villa.

Er warf dem Diener Mantel und Hut zu und hastete in den Saal. In dem Gedränge konnte er Gigit anfänglich gar nicht finden. Schließlich aber wand er sich durch den Schwarm der Gäste dem Wintergarten zu. Schon von weitem sah er Zoes blonde Haare leuchten. Er wußte, da konnte auch Gigit nicht weit sein.

Blaß, mit schreckerfüllten Augen, kam sie ihm entgegen.

„Gott sei Dank, endlich! Ich hatte mich schon so um Dich geängstigt!" begann sie, und streckte ihm ihre Hände entgegen.

„Was ist Dir, Liebling?" fragte er besorgt, als er ihre Hand ergriff und spürte, wie sie am ganzen Körper zitterte.

„Ich weiß nicht," sagte Zoe, „es ist uns beiden nicht gut, ich glaube, wir haben zu erhitzt den kalten Sekt getrunken."

„Du wirst mir doch nicht krank werden?" John Berry erschrak heftig. „Komm, mein Lieb, ich will Dich nach Hause bringen. Und Sie, gnädiges Fräulein, sollten sich auch ein wenig hinlegen."

„Ja," nickte Zoe, „ich hoffe, es wird mir gut tun." Sie verabschiedeten sich. — Berry und seine Braut traten aus der Villa in die laue Sommernacht. Gigit atmete tief auf.

„Ich bin so unendlich bedrückt, John. Wo bist Du so lange gewesen?"

„Ich war mit Holsten zusammen, Kleines. Er meint eine Spur von den Verbrechern zu haben. Da hatte ich ihn begleitet und daher wurde es später. Aber Du schwankst ja!"

Gigit stützte sich schwer auf seinen Arm.

„Mir ist so schwindlig," stöhnte sie. „Meine Füße wollen nicht mehr vorwärts!"

John sah sich verzweifelt nach einem Wagen um. Ganz in der Ferne kam ein Auto langsam daher.

„Lehne Dich ein wenig an das Gitter," sagte er hastig. „Ich will den Wagen dort rufen."

Matt stützte sich das junge Mädchen auf die Stäbe, während der Maler die Straße hinuntereilte.

Er verhandelte hastig mit dem Chauffeur, als ein heller Angstschrei ihn herumriß.

Gigit war bewußtlos zusammengebrochen.

Mit Hilfe des Chauffeurs hob er das ohnmächtige Mädchen in den Wagen.

„Schnell zum Krankenhaus!"

*

„Ich habe meinen Ausführungen weiter nichts hinzuzufügen, meine Herren," beendete der Neuyorker Arzt, Professor Stone, seine Rede, „da wir nicht die Möglichkeit hatten, infolge dieses rätselhaften Diebstahls an Hand der Leichen unsere Beobachtungen weiterzuführen, so stehen wir nach wie vor vor einem Rätsel. So wenig ich es für die armen Betroffenen wünsche, so hoffe ich doch im Interesse der Allgemeinheit noch die Möglichkeit zu haben, meine Studien an einem neuen Opfer fortsetzen zu können."

Er ließ sich wieder auf seinen Platz am Kopfende der langen Tafel nieder, die im Konferenzzimmer des städtischen Krankenhauses aufgestellt war.

Nun erhob sich der Chefarzt Dr. Parker.

„Meine Herren, der berühmte Detektiv Jack Holsten, dem Sie so gütig waren zu gestatten, dieser Konferenz beizuwohnen, richtete eben eine Frage an mich, die ich verneinen mußte. Da ich jedoch dieses Thema für zu wichtig halte, um allein zu entscheiden, bitte ich Sie, verehrter Herr Kollege, auch Ihrerseits Stellung dazu zu nehmen. Ist bis heute bereits ein Mittel bekannt, um eine künstliche Leichenstarre hervorzurufen?"

Stone schüttelte den Kopf.

„Nein, Herr Holsten. Leider steckt unsere Wissenschaft noch immer so sehr in den Kinderschuhen, daß uns ein derartiges Mittel unbekannt ist. Man erzählt zwar, daß es in den Tropen unter den noch wilden Völkerstämmen ein Gift gibt, das eine ähnliche Starre hervorruft. Aber diese Leute bewahren ihr Geheimnis, und an dem Gerücht wird wohl auch nicht viel wahr sein. Darf ich mich erkundigen, wie Sie gerade auf diese Frage kommen?"

„Sehr verehrter Herr Professor — in meinem Beruf gehen einem auch die unmöglichsten Möglichkeiten durch den Kopf. Zumal da ich gerade alle derartigen Begebenheiten von einem anderen Standpunkt als dem rein wissenschaftlichen zu betrachten gezwungen bin. Ich muß auch in diesem Falle, so lange ich mich nicht vom Gegenteil überzeugt habe, an einen **M o r d** glauben."

Professor Stone lächelte verbindlich, antwortete jedoch etwas spöttisch: „Verehrter Herr Holsten, gewiß, errare humanum est. Jedoch bei diesen 31 Menschen kann ich Sie versichern, daß sie eines natürlichen Todes gestorben sind."

Holsten verneigte sich höflich, war aber innerlich durchaus nicht überzeugt.

Die Versammlung löste sich auf. In plaudernden Gruppen standen die Ärzte zusammen. Immer noch lebhaft über die Todesfälle disputierend.

„Ich bewunderte gestern die reizende Umgebung der Lichenhalle," wandte sich Holsten an Dr. Parker. „Als ich zur Untersuchung dorthin fuhr, fiel mir besonders der schöne Baumbestand auf."

„Ja, ich möchte gern den Vorübergehenden den Anblick ersparen, daher ließ ich ganz besonders hohe Bäume pflanzen."

„Wenn Sie aber, wie es jetzt geschah, die Äste kappen lassen," lächelte Holsten, „so werden Sie den Zweck schwer erreichen."

„Kappen lassen? Wie kommen Sie darauf?" Der Chefarzt sah erstaunt sein Gegenüber an.

„Weil ich im Vorbeifahren die heruntergeschnittenen Äste liegen sah."

„Dann haben das bübische Hände getan! Ich habe im Gegenteil jedes Beschneiden der Bäume verboten."

Holsten wurde nachdenklich. „Ich muß mir das doch noch einmal genauer ansehen. Da scheint ein anderer Zusammenhang zu sein," murmelte er.

(Fortsetzung folgt.)

Das Klavier und seine Behandlung.

Es ist Tatsache, daß viele klavierspielende Personen oder Besitzer von Klavieren nicht musikalisch genug sind, um feststellen zu können, ob ihre Instrumente verstimmt oder in Ordnung sind. Auch widmen sie der regelmäßigen Pflege ihrer Instrumente durch einen Fachmann nicht die nötige Aufmerksamkeit; weniger weil ihnen das Geld hierzu fehlt, sondern mehr, weil sie die Bedeutung eines rein gestimmten Klaviers in verschiedener Hinsicht unterschätzen. Es ist bekannt, daß jedes Klavier wenigstens einmal im Jahre einer Stimmung bedarf; selbst auf dem Lande, wenn sich mehrere Interessenten zwecks Bestellung eines Klavierstimmers vereinigen, ist dies keine übermäßig hohe Geldausgabe. Schlimmer ist es jedoch, wenn ein Instrument, wie häufig, oft viele Jahre nicht nachgesehen wird, und wenn Motten und Mäuse die Pianofilze zerfressen oder beschädigen, dann kostet die notwendig gewordene Reparatur meist mehr als die dauernde Instandhaltung. Auch wenn letzteres nicht der Fall ist, sollte man doch verstimmte Klaviere der besseren Stimmhaltung wegen wenigstens halbjährlich stimmen lassen. Die Bedeutung eines gut gestimmten Klaviers ist für die musikalische Ausbildung usw. außerordentlich wichtig. Ebenso ist die Erhaltung des heute mehr denn je kostbaren Instruments ein Kapitel, das größere Beachtung der Klavierbesitzer verdient. Im Interesse der hier in Frage kommenden Personen sei noch auf einen Übelstand hingewiesen, der das Pfuscher- und Betrugswesen angeblicher Klavierstimmer betrifft. Die Zeitungen haben das Publikum bereits mehrfach gewarnt; darum ist es angebracht, in der Auswahl eines Klavierstimmers vorsichtig zu sein. Man berücksichtige in erster Linie nur die von hiesigen Musiklehrern, Künstlern usw. als reell und gewissenhaft erprobten Fachleute.

---

s. **Der Staatspräsident Wojciechowski** hat gestern von Racot bei Kosten die Rückreise nach Warschau angetreten, ohne über Posen zu fahren, wie es ursprünglich in Aussicht genommen war.

s. **Die Pfingstferien** beginnen Freitag, den 29. d. Mts., mittags 12 Uhr. Der Unterricht beginnt wieder am 4. Juni früh.

✕ **Die deutschen Banken** sind, wie aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich, am Pfingstsonnabend geschlossen.

✕ **Ein Reit- und Fahrturnier** veranstaltet die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft am Sonntag, 28. Juni in Pinne auf dem Gelände des Frhrn. v. Massenbach-Pinne, das für Mitglieder der W. L. G. offen ist. Anfragen sind direkt an die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft, Posen, ul. Ratajczaka 39 I (fr. Ritterstr.) zu richten.

Die Bank Cukrownictwa hat ihre ordentliche Generalversammlung auf den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, nach dem Saale der Posener Landschaft einberufen.

✕ **Zu dem schweren Kraftwagenunglück, das sich Sonntag nachmittag auf der Chaussee zwischen Schroda und Kurnik abgespielt hat und über dessen Einzelheiten wir bereits in der gestrigen Ausgabe berichteten, ist noch folgendes ergänzend nachzutragen: Das schwere Unglück hat sich bereits kurz nach 4 Uhr abgespielt und ist darauf zurückzuführen, daß der Wagenführer und Eigentümer des Autos, Bartkowiak, aus einem noch nicht ermittelten Grunde die Gewalt über das Auto verlor und mit diesem in den Chausseegraben hineinsauste, so daß es sich überschlug und die Insassen teils darunter zu liegen kamen, teils im Bogen herausgeschleudert und schwer verletzt wurden. Die Braut Bartkowiaks ist ein Fräulein Cela. Der Name des Ehepaares ist Matela; die Frau Matela erwartet demnächst Mutterfreuden. Über das Befinden der vier Personen läßt sich einstweilen nichts weiter sagen.**

✕ **Ein Hazardspieler, der aufs Ganze geht.** Gestern berichteten wir von der Festnahme eines Hazardspielers Alexander Kużawa. Dieser hat sich inzwischen dank der Feststellungen durch die Daktyloskopie in einen wegen Aufreizung in Gnesen bereits vorbestraften, 25 Jahre alten Ignatz Rożmowski aus Konin verwandelt, der sich in Posen umhertrieb und nach Opfern suchte und solche auch fand. So traf er auf einen Trziński von hier im Eichwalde in der Nähe der neuen Badeanstalt und lud ihn zu einem kleinen Jeuchen mit drei Blechmarken ein. Dabei knöpfte er ihm zunächst gegen 15 zł ab und veranlaßte ihn, nachdem seine Barschaft zu Ende war, seinen Gummimantel zu setzen. Das geschah, und Rożmowski war bald glücklicher Eigentümer des Gummimantels. Er entfernte sich darauf, angeblich um in einer benachbarten Gastwirtschaft seinen Durst zu stillen, ließ aber nichts mehr von sich hören. Bald darauf traf er am Gerberdamm mit einem Lukas Nalewski aus dem Kreise Mogilno zusammen, lud ihn zunächst zu einem Schnaps und darauf ebenfalls zu einem kleinen Jeu ein. Auch hier war ihm Fortuna wieder hold, und er strich bald den geringen Barbesitz seines Partners schmunzelnd ein. Dann überredete er ihn, um seinen noch tadellosen Anzug zu spielen. Aber merkwürdig, auch diesmal war Rożmowski wieder der Gewinner. Nalewski mußte notgedrungen sich von seinem Anzuge trennen; zum Trost gab ihm Rożmowski seinen eigenen schäbigen Anzug. Beide Geprellte erstatteten schließlich Anzeige, und nach der Festnahme des Hazardspielers gelang es auch festzustellen, daß er unter einem nom de guerre hier in Posen Gastrollen gegeben hatte.

✕ **Teatr Pałacowy.** Die bekannten dänischen lustigen Filmschauspieler Pat und Patachon haben gestern wieder einmal im Teatr Pałacowy vor überfülltem Hause ihren Einzug gehalten und erfüllen als „Die Habenichtse und ihre Schätze“ mit ihrem sonnigen Humor, von dem sie unausgesetzt köstliche Proben verabreichen, die Zuschauer mit einem Übermaß ausgelassenster Heiterkeit, so daß man sich zeitweis in ein Lachkabinett versetzt zu sein fühlt. Dabei führen die beiden Humoristen die Beschauer in zahlreiche Gegenden lachender Naturpracht. Nimmt man nun noch hinzu, daß ein Pariser Modenprogramm die Vorführungen einleitet, so darf der Besuch des Teatr Pałacowy diesmal ganz besonders mit Recht empfohlen werden.

✕ **Als Ladendiebinnen festgenommen** wurden eine Marja Samolczyk und Helene Ratajczak, beide aus Gareszewo, Kreis Samter, die aus einem Geschäft am Alten Markt 53/54 und aus einem solchen in der Neuen Straße drei Damenhandtaschen gestohlen hatten.

✕ **Wer ist der Eigentümer?** Wir berichteten gestern von der Verhaftung eines Fahrraddiebes in Ławica. Das beschlagnahmte Fahrrad lagert im Zimmer 37 der Kriminalpolizei; es ist ein Brennabor-Fahrrad, Marke „Spezial“, mit der Nr. 760 425.

✕ **Eingefangen worden** ist in der Nacht zum Sonntag auf der ul. Szamarszewskiego (fr. Kaiser Wilhelmstr.) eine herrenlos umherlaufende braune Stute. Sie wurde bei der berittenen Abteilung der Polizei untergebracht.

✕ **Gestohlen** wurden aus einem Laden Glogauer Str. 82 nach dem Einschlagen einer Scheibe 70 Tafeln Schokolade, 15 Päckchen Schokoladenherzen, 22 Päckchen Tee, 6 Kartons Goplanaschokolade im Gesamtwerte von 100 zł.

s. **Vom Wetter.** Heute, Dienstag, früh hatten wir 13 Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Mittwoch, den 27. Mai. Gemischter Chor Poznań. 8 Uhr abends. Übungsstunde.

Freitag, den 29. Mai. Verein Deutscher Sänger. 8 Uhr. Übungsstunde.

---

* **Birnbaum, 24. Mai.** Mittwoch nachmittag stand die an der Chaussee nach Driesen rechts vor dem Flußkrug liegende früher Zimmermann Stenschkesche Wirtschaft, jetzt einem Besitzer Przybylski gehörig, in Flammen. Das Feuer soll im Pferdestalle zum Ausbruch gekommen sein. Ställe, Scheune und Schuppen gingen in Flammen auf. Von hier sprang das Feuer infolge des Windes auf die Nordseite des Wohnhauses über, wo es durch die Verpackung der Wand mit Tannennadeln sofort geeignete Nahrung fand und sich durch die offenstehende Dachluke auch auf das Innere des Hauses übertrug und hier das Dachgeschoß vernichtete. Von dem Steinfachwerk des Wohnhauses sind auch die Holz-Stiele verkohlt. Über die Entstehungsursache ist Genaueres bis jetzt noch nicht bekannt. Mitverbrannt sind ein großes Schwein, ein alter Hund und zwei junge Hunde, wie auch eine sitzende Glucke. Auch die auf dem Boden befindlichen Kleidungsstücke und Gegenstände sind mitverbrannt. Im Keller waren tags vorher 20 Zentner Kartoffeln eingelagert. Für eine in der Nähe befindliche Kantine waren im Keller 50 Pfd. Schmalz untergebracht, die ebenfalls verbrannten.

* **Bromberg, 25. Mai.** Selbstmord verübt hat Sonnabend abend der 20jährige Witold Popowski, wohnhaft in der Oranienstraße in Neu-Beelitz. Er brachte sich einen Kopfschuß bei und verstarb nach kurzer Zeit. Über die Motive zur Tat ist nichts Bestimmtes festgestellt, aber P. hatte schon seit einiger Zeit manchmal zu Verwandten Selbstmordabsichten geäußert. — Mehrere Gewitter gingen gestern nachmittag von 4 Uhr ab über Stadt und Umgegend nieder und dauerten mit verschiedenen Unterbrechungen bis in die Nachtstunden, zuletzt abgeschwächt bis zum Wetterleuchten. Sie zogen nacheinander aus mehreren Richtungen heran und brachten anfangs nur sehr gelinde, später ergiebigere Niederschläge, die auch in den Nachtstunden sich noch fortsetzten. Um 7 Uhr herum wurde die Windstille durch eine stärkere Bö unterbrochen, die in dem von dem Strichregen nicht betroffenen Gelände der Umgegend viel Staub aufwirbelte und im Blätterwalde ein starkes Rauschen erregte. Im Rinkauer Walde gab es nachmittags 4 Uhr starken Regen und Hagel.

s. **Budsin, 25. Mai.** In der Nähe von Budsin explodierte der Zylinder eines Motorcykls „Indian“, in dem der Chauffeur und der Kreiskommandant Respondek aus Kolmar fuhren. Das Motorcykl wurde gänzlich vernichtet. Die Insassen kamen unverletzt davon.

□ **Jarotschin, 25. Mai.** Zu der auf den 17. d. Mts. einberufenen Versammlung des Güterbeamtenverbandes, Zweigverein Jarotschin, waren leider nur 15 Herren erschienen. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden und einem kurzen Bericht über die Delegiertenversammlung in Posen wurde von den Versammelten ein Ausflug auf die Güter des Herrn Bitter-Nagradowice und Frl. Hildebrandt-Kleszewo in Erwägung gezogen; weiter wurde über das diesjährige Sommervergnügen Beschluß gefaßt. Das Programm für beide Veranstaltungen wird den Mitgliedern noch durch ein Rundschreiben bekanntgegeben. Einen sehr interessanten Vortrag über die Auslegung der einzelnen Paragraphen der Tarifverträge für 1925, der von Herrn Friederici-Posen gehalten und von den Anwesenden rege besprochen wurde, schloß die Versammlung.

* **Konitz, 24. Mai.** Wie der „Dziennik Pomorski“ schreibt, wurde Donnerstag abend in Charzykowo der Mitarbeiter dieser Zeitung, Herr Kum, auf offener Straße und ein zweites Mal im öffentlichen Lokal von zwei Männern angefallen und mißhandelt. Die Angreifer sollen, nach dem „Dz. Pom.“, von einem Autobesitzer zu diesem Attentat aufgehetzt sein, weil Herr Kum z. Zt. im hiesigen polnischen Blatte die hohen Fahrpreise gerügt hätte. Die Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da sich die Staatspolizei bereits mit dem Attentat beschäftigt.

□ **Pleschen, 26. Mai.** Im evangelischen Pfarrhause findet am 2. Juni eine Doppelhochzeitsfeier statt. Gewiß ein Anlaß, dem sehr verdienten Pfarrer Jost und seiner Gattin von Herzen Glück zu wünschen. Es heiraten der Sohn, Dr. Rolf Jost und die Tochter Hildegard Jost.

* **Thorn, 18. Mai.** Die Hundesperre ist jetzt, wie der Starost bekannt gibt, restlos im ganzen Landkreise aufgehoben worden. — Schwer beschädigt wurde ein Motorwagen der Straßenbahn, da er in der Bromberger Straße, Ecke Schulstraße, mit einem mit Ziegelsteinen beladenen Lastautomobil zusammenstieß. Bei dem Anprall sprang der Motorwagen, der drei Anhänger mit Kohlen führte, aus dem Gleise und verursachte für kurze Zeit eine Verkehrsstörung.

Der Romantiker Adam Müller (1779–1829) und seine Staatsphilosophie.

Billigerweise wird man beim Lesen dieser Überschrift die Frage stellen können: „Hat denn die Romantik, jene geistige Bewegung, die mit dem Ausgange des 18. Jahrhunderts einsetzte und sich in Poesie und Ästhetik grundsätzlich von dem Schönheitsideal der alten Griechen, dem man im 18. Jahrhundert gehuldigt hatte, abwandte, der Gegenwart überhaupt etwas auf dem Gebiete der Staatsweisheit zu sagen?“ Diese Frage ist leicht zu beantworten, wenn wir bedenken, daß jene Zeit eine Epoche der tiefgreifendsten politischen Umwälzungen war, in der alte Staaten vergingen und neue entstanden, so daß ein scharfer Beobachter mancherlei Belehrung daraus für das Wohl und Wehe der Staaten schöpfen konnte. Ist unsere Zeit etwa weniger stürmisch? Ja, stehen wir nicht an einem Wendepunkt der Weltgeschichte? Solche Zeiten regen zum Nachdenken an und führen tiefer denkende Köpfe zur Abkehr vom bloß Sinnlichen und Einzelnen und zur Hinwendung zum Übersinnlichen wie auch zur Gemeinschaft. Gerade der Gegenwart tut es bitter not, den Gemeinschaftsgedanken zu betonen, für den Adam Müller so beredt eingetreten ist. Einen Einblick in diese seine Bestrebungen bieten seine vom Theatiner-Verlag in München 1923 herausgegebenen Schriften zur Staatsphilosophie (XII, 327 S. Geh. 4 M., geb. 5 M.).

Zu Berlin 1779 geboren, wuchs Adam Müller im Geiste der deutschen Aufklärung auf, jener Geistesrichtung, die nur das anerkennen wollte, was der Verstand ergründen könnte. 1798 bezog er die Universität Göttingen, um die Rechte zu studieren; hier wurde er durch das Studium des die französische Revolution leidenschaftlich bekämpfenden Meisterwerkes des hervorragenden englischen Staatsmannes Edmund Burke (1728—1797) „Gedanken über die französische Revolution“ ein entschiedener Gegner dieser Bewegung; auf der Suche nach ihren Gründen wandte er sich auch dem Studium der Quellen des augenblicklich bestehenden Rechtes zu und fand als solche das in Gott gegründete Naturrecht. Nach Abschluß seiner Studien kehrte er nach Berlin zurück und trat hier in den Staatsdienst als Referendar der Kurmärkischen Kammer ein. Doch sein philosophischer Geist fand keine Befriedigung an trockenen Rechtsformeln; es drängte ihn, sich dem Studium über das Wesen des Staates zu widmen. Darum gibt er 1803 seine Stellung auf und begibt sich auf Reisen; längere Zeit hielt er sich auf den Gütern eines Freundes in Preußisch-Polen auf, emsig mit der Klärung politischer und weltanschaulicher Probleme beschäftigt. Die Frucht dieser Jahre ist einerseits sein 1804 erschienenes Erstlingswerk „Die Lehre vom Gegensatz“, in dem er im Geiste Schellings den Staat als einen Organismus betrachtet, der sich durch Gegensätze, wie Krieg und Frieden, ins Unendliche entwickelt, andererseits sein am 30. April 1805 in Wien bei den Serviten erfolgter Übertritt zur katholischen Kirche. Schwer ist er dafür von Friedrich Hebbel angefeindet worden. Doch Varnhagen von Ense, des Katholizismus gewiß nicht verdächtig, urteilt: „Seine katholische Denkart war durchaus aufrichtig, treu, ernst, keiner Verleugnung fähig, dagegen jedes Opfers, und vor allem war sie wirklich katholisch.“ In der Tat hatte Müller diesen Schritt in der Erkenntnis getan, daß nur das vollkräftige Christentum der katholischen Kirche den Fortschritt der Zerstörung aufhalten könne. 1806—1809 finden wir ihn als Privatgelehrten in Dresden. Hier trifft er mit Heinrich von Kleist zusammen, in dessen von Leben erfülltem dramatischen Schaffen seine Philosophie des Gegensatzes einen sichtbaren Ausdruck gefunden hat; hier hielt er im Winter 1805/06 unter starkem Einfluß von Novalis, dem Eiferer für ein christliches Europa, „Vorlesungen über die deutsche Wissenschaft und Literatur sowie über dramatische Kunst“, die ein Glaubensbekenntnis an die Unvergänglichkeit und Sendung des deutschen Geistes in den Tagen waren, wo in Deutschland nur für Realpolitik Raum zu sein schien. Doch bald fand er auch den Übergang auf das politische Gebiet. Auf Grund des Auftrages, dem Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar, dem Sohne Karl Augusts, eine politische Erziehung zu geben, hielt er im Winter 1808/09 vor ihm und einer Versammlung von Staatsmännern 36 Vorlesungen, aus denen sein Hauptwerk, die „Elemente der Staatskunst“, hervorgegangen ist; es ist gerichtet gegen den Rationalismus von Montesquieu's „Geist der Gesetze“, dem der Staat nur ein toter Mechanismus war, und durchdrungen von der Erkenntnis, „daß Christus nicht bloß für die Menschen, sondern auch für die Staaten gestorben sei“. Dieses Werk machte ihn über Nacht berühmt, aber mit ihm hatte er auch als Dreißigjähriger den Höhepunkt seines Schaffens erreicht; er erlag dem Schicksal vielseitiger Menschen, die viel planen, aber wenig Ausdauer zu einer umfassenden Leistung haben. — Durch die für Österreich unglückliche Schlacht bei Wagram (5. und 6. Juli 1809) wurde Müller aus Dresden vertrieben; er geht nach Berlin und bietet dem Staatskanzler von Hardenberg seine Dienste an; doch dieser verhält sich ablehnend, zumal die „Berliner Abendblätter“, die Müller leitete, seine Politik und Reformpläne bekämpften. Nachdem Müller noch 1810 seine Vorlesungen über „König Friedrich II. und die Natur, Würde und Bestimmung der preußischen Monarchie“, in denen er die Notwendigkeit eines verinnerlichten Nationalgefühls und des Verbleibens des Grundeigentums in einer Familie, damit dadurch Anhänglichkeit an das Gemeinwesen großgezogen werde, betonte, veröffentlicht hatte, wandte er sich nach Wien, wo er im Palais des jugendlichen Erzherzogs Maximilian d'Este ein Unterkommen fand. Bald sehen wir ihn auch im Hause Friedrichs von Schlegel und seiner geistreichen Gattin Dorothea, der Tochter des jüdischen Philosophen Moses Mendelssohn in Berlin; hier wurde er auch mit dem Apostel Wiens, dem Redemptoristen Clemens Maria Hofbauer bekannt, der trotz seines schlichten Wesens auf seine Umgebung einen tiefen Eindruck durch seine wahrhaft katholische Persönlichkeit machte. In diesem Kreise faßte man den Plan, unter Müllers Leitung ein Erziehungsinstitut auf streng christlicher Grundlage für die Söhne des Adels ins Leben zu rufen; aber der Widerstand des aufgeklärten, halb ungläubigen Kanonikus Gruber bei St. Stephan und der Eintritt Österreichs in den Befreiungskrieg (August 1813) ließen den Plan nicht zur Ausführung gelangen. Jetzt hatte auch die Stunde des Eintritts Müllers in die praktische Politik geschlagen. 1813 wird er Landeskommissar für Tirol und hat als solcher mitzuarbeiten an der Organisierung des Befreiungskampfes daselbst und später an der Neueinrichtung dieser Provinz. 1815 beruft ihn Fürst Metternich ins Kaiserliche Hauptquartier, von wo er die Kriegsberichte für den „Österreichischen Beobachter“ schreibt; mit den verbündeten Monarchen zieht er in Paris ein. Dort erhält er auf Metternichs Veranlassung den wichtigen Posten eines Generalkonsuls der österreichischen Staaten in Leipzig, für den er wie kein Zweiter geeignet war; er bekleidete ihn bis zum Jahre 1827. In diese Zeit fallen noch zwei wichtige Aufsätze, in denen er noch mehr wir bisher die Notwendigkeit der innigen Verbindung von Staat und Religion betont; es sind das: „Von der Notwendigkeit einer theologischen Grundlage der gesamten Staatswissenschaft, und der Staatswirtschaft insbesondere“ (1819), ferner: „Die innere Staatshaushaltung, systematisch dargestellt auf theologischer Grundlage“ (1820). 1826 wird er zum Ritter von Nittersdorf ernannt und ist seit 1827 ständiger Mitarbeiter der geheimen Staatskanzlei. Am 17. Januar 1829 ereilte ihn ein früher Tod, nachdem bereits fünf Tage vorher sein Freund Fr. von Schlegel gestorben war.

Suchen wir nun in kurzen Zügen ein Bild von Müllers Staatsphilosophie zu gewinnen! Wir werden ihr zwar nicht in allem beipflichten können, besonders wo er in Schellings Manier das geschlechtliche bzw. eheliche Verhältnis auch auf den Staatsorganismus überträgt; aber seine Auffassung des Staates als eines Organismus und die Betonung des Gemeinschaftsgedankens verdienen gerade heute noch alle Beachtung. Der Staat ist ihm keine Maschine mit totem Räderwerk, sondern mit Edmund Burke ein lebendiger, in Bewegung befindlicher Organismus; gerade unter heftigen Bewegungen, wie Revolutionen und Kriegen, tritt seine innere Natur am deutlichsten ins Licht; stürmische Zeiten eröffnen eine bessere Kenntnis der staatlichen Verhältnisse als friedliche; im beständigen Umgang mit anderen Staaten lernt jeder Staat seine Eigenart am besten kennen. Ja, der Staat ist nicht bloß ein Organismus, sondern ein Mensch, freilich ein größerer, alle anderen Menschen und das Ganze des menschlichen Lebens umfassender Mensch; er ist also die innige Verbindung der gesamten körperlichen und geistigen Bedürfnisse, des gesamten natürlichen und geistigen Reichtums, des gesamten inneren und äußeren Lebens einer Nation zu einem großen, energischen, unendlich bewegten und lebendigen Ganzen. Der Mensch ist von allen Seiten in den Staat verflochten und nicht denkbar außerhalb von ihm. Weil der Staat den ganzen Menschen umfaßt, so werden alle einzelnen Wissenschaften, die ein unerläßlicher Bestandteil des Reichtums eines Landes sind, erst reif und groß, wenn ihre Blüten und Früchte dem Gesamtleben, d. h. dem Staate zugute kommen, Gedanken, die zwei Jahre später in Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ wieder anklingen. Darum tritt er auch für eine Orientierung der Wissenschaften an den vaterländischen Bedürfnissen ein und stellt es sogar als eine Aufgabe des Staatsmannes hin, die Wissenschaften zu regieren; damit meinte er wohl, alle Wissenschaften sollten untereinander organisch verbunden sein unter der Führung der Staatswissenschaft.

Ist der Staat ein größerer Mensch, so ist er natürlich auch eine erweiterte Familie, und dann ist nach Müller die erste gründliche Probe aller Verfassungen und Gesetze die Untersuchung, ob die beiden wesentlichen Verhältnisse der Familie, Alter und Jugend einerseits, männliches und weibliches Geschlecht andererseits, die ganze Gesetzgebung gleichmäßig durchdringen. Die alten Verfassungen betonten nach M. das Recht des Alters und waren darum auf Gewalt und Zwang gebaut, das Mittelalter dagegen die Ehrfurcht vor dem weiblichen Geschlecht; wie dort die väterliche Gewalt, so wurde hier das eheliche Verhältnis das Schema der Gesetzgebung. Da von der Frau die Sitte ausgeht und in ihr Dauer und Treue verkörpert ist, erblickt M. im Adel, der das einzig Bleibende, den Grund und Boden verwaltet, das weibliche Element im Staatsleben. Absichtlich habe ich das Wort „verwaltet“ gebraucht; indem nämlich M. von dem Gedanken ausgeht, daß ein jeder auf die aus dem Acker gewonnene Nahrung

Aus dem Gerichtssaal.

* Thorn, 25. Mai. Zwei ehemalige Postbeamte aus Culm hatten sich vor der hiesigen Strafkammer wegen Unterschlagung von Briefen zu verantworten. Schon seit längerer Zeit vermißten Culmer Bürger kleinere und größere Summen aus gewöhnlichen Briefen, eingeschriebenen und sogar Wertbriefen, bis der Verdacht auf zwei Postbeamte Grzywaczewski und Kwieczyński fiel, die stets auf flottem Fuße lebten und viel Geld im Kartenspiel umsetzten. In der Verhandlung gestand der erstere Beamte, daß er rd. 46 Rentenmark aus Briefen entwendet hätte, der andere rd. 200 zł. Die 31 geladenen Zeugen, die durchweg Verluste erlitten hatten (einer sogar einen Scheck auf 200 Dollar!) wurden nicht vernommen. Der Staatsanwalt beantragte je zwei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis für G. und neun Monate für K., sowie auf drei Jahre Ehrverlust.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

M. Pl. hier. Der uns von Ihnen zugesandte Artikel ist zur Veröffentlichung im „Pos. Tagebl." nicht geeignet. Wir würden Ihnen empfehlen, eine Anfrage an die Staatsanwaltschaft zu richten was aus Ihrer Ende 1924 erstatteten Anzeige geworden ist. Infolge eines ablehnenden Bescheides steht Ihnen eine Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft frei.

Fr. W. in B. Ihre Anfrage ist damals sofort von uns ausnahmsweise brieflich in dem Sinne beantwortet worden, daß durch die Liquidation der Pachtvertrag hinfällig wird. Wenn der Brief nicht in Ihre Hände gelangt ist, dann ist auch der Bezugsschein mit verloren gegangen. Daß übrigens jetzt, nach fünf Wochen, der Bezugsschein von uns noch aufgehoben würde, können Sie doch ernsthaft kaum annehmen.

K. N. in K. 1. Forderungen aus Darlehen, die nicht auf Grundstücken lasten und vor dem 1. Januar 1922 entstanden sind, werden nach § 11 der Aufwertungsverordnung mit 10 Prozent aufgewertet. Sie haben demnach nur den zehnten Teil des damaligen Goldmarkwertes zurückzuzahlen. 2. Da Ihr Sohn bereits das 18. Lebensjahr vollendet hat, halten wir es für ganz ausgeschlossen, daß er von den Militärbehörden die Erlaubnis zu einer längeren Reise nach Deutschland erhält. 3. Diese Frage ist mit Rücksicht darauf, daß der Sohn nicht als Ihr alleiniger Ernährer in Frage kommt, zu verneinen.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Mittwoch, den 27. Mai.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten. 4,30—6 Uhr Nachmittagskonzert. Abends 8.30 Uhr Palästina und seine Zeit.

Königsberg, 463 Meter. Abends 8 Uhr Opernabend: Richard Wagner.

München, 488 Meter. Abends 7,30—8 Uhr Oratorienübertragung „Judas Maccabäus".

Breslau, 418 Meter. Abends 8,30 Uhr Konzert.

Wien, 530 Meter. Abends 8,30 Uhr Mozart-Kammermusik-Abend.

Zürich, 515 Meter. Abends 8,30 Uhr Auslandsschweizerabend

Rundfunkprogramm für Donnerstag, den 28. Mai.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten. 4.30—6 Uhr Konzert. Abends 8.30—9.30 Uhr: Oskar Wilde als Märchendichter.

Breslau, 418 Meter. Nachm. 5—6 Uhr Unterhaltungskonzert. Abends 8.30 Uhr „Prinz Friedrich von Homburg".

Königsberg, 463 Meter. Abends 8 Uhr: Populärer Orchester- und Arienabend.

Leipzig, 454 Meter. Abends 8.15 Uhr: „Die Jahreszeiten", Oratorium von Haydn.

Wien, 530 Meter. Abends 8 Uhr: „Der Richter von Zalemea".

Zürich. Abends 8.30 Uhr: Orchesterkonzert.

---

ein Recht hat und darum ein wenigstens indirektes Anrecht auf Grund und Boden, verwirft er das absolute oder strenge Privateigentum an Grund und Boden; darum läßt er den Landmann nur Nutznießer seines Bodens sein und betont, es sei sein Amt, das Land zu dem Zwecke zu bestellen, daß es den übrigen Nahrung verschaffe; dieses fromme und ehrenvolle Amt dürfe nicht dadurch zu einem gemeinen und verächtlichen Gewerbe herabsinken, daß als sein eigentlicher Zweck der reine Ertrag betrachtet werde. Im Gegensatz zu diesem mehr verliehenen, durch göttliche Gnade erteilten Eigentum an Boden stehe das mehr erarbeitete Eigentum an physischem Kapital, das er dem Bürgerstande zuweist, in dem er wegen seines unersättlichen Strebens nach Fortschreiten und Reichtum das männliche Element im Staatsleben verkörpert sieht. In Verfolgung dieser Gedanken findet er den Unterschied zwischen Landwirtschaft einerseits und Stadtwirtschaft und Industrie andererseits darin, daß in jener der Arbeiter dem Material, dem Acker, untergeordnet sei oder ihm diene, während der industrielle Arbeiter vielmehr über sein Material herrsche und im gewöhnlichen Sinne des Wortes arbeite. Damit haben wir einen besonderen Zug der Staatsphilosophie Müllers berührt, daß nämlich jedes Individuum sowohl Person als auch Sache sei. Daß der Mensch eine Persönlichkeit sei, ist jedem von vornherein klar. Besitzt er doch ursprüngliche Gaben, die ihn in einen bestimmten Beruf stellen und dadurch zum Haupt eines in sich selbst abgeschlossenen Ganzen oder eines Staates (im weitesten Sinne des Wortes) machen; er ist darum im Sinne Müllers auch Material oder Kapital, d. i. ein Vermögen, das etwas zu leisten vermag. Nach M. besitzen aber auch die Sachen „Persönlichkeit", indem sie Eigenschaften haben, die dem Leben des Menschen nutzbar gemacht werden können; so ist der Acker für den Landmann, das Leder für den Schuster eine „Persönlichkeit", deren Eigenschaften er für das Leben nützlich zu machen versucht. Umgekehrt ist jedes Ding natürlich eine Sache, aber auch der Mensch ist eine solche; jeder Bürger ist als Glied eines Staates Organ eines größeren Körpers, also Werkzeug, also eine Sache, die der Staat besitzt, natürlich nicht im Sinne von Leibeigenschaft, sondern gegenseitiger Wechselwirkung. Der Staat kann nur dann gedeihen, wenn alle Dinge in ihm diesen Doppelcharakter im harmonischen Ausmaße besitzen. Diese richtige Ordnung kann aber nur die christliche Religion geben. Das geht daraus hervor, daß dort, wo das öffentliche Leben des Einflusses der Religion beraubt wurde, wie es vom sechzehnten Jahrhundert ab war, der Gedanke des Zusammenwirkens, der Zusammengehörigkeit verloren ging; mit der alten religiösen Einheit ging die politische Einheit, die bürgerliche Ordnung unter. Je mehr Glaube und Religion schwanden, je mehr angeblich die Freiheit stieg, desto mehr verlor sich die Freiwilligkeit sowohl von seiten der Fürsten als der Völker; nichts tat man mehr aus persönlicher Opferwilligkeit, sondern nur gegen unmittelbare materielle Wiedervergeltung. Soll es besser werden, so dürfen die Grundsätze des Staatsrechtes sich nicht von denen des Privatrechtes unterscheiden, so muß man nicht nur den Privatcharakter Christi erkennen, sondern auch seinen politischen, d. h. auch im öffentlichen Leben müssen die Grundsätze des Christentums gelten. So war es einst im Mittelalter, und darum stiegen in ihm wahre Staaten auf, die ersten wahren Vereinigungen der Menschen für die Ewigkeit. Unsere irdischen Interessen können nur dann in wahrem Maße erreicht werden, „wenn der Thron dessen, von dem allein Einheit und Friede in allen menschlichen Dingen kommen kann, über den Völkern der Erde wieder errichtet ist".

Domherr Prof. Dr. Steuer.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Handel.

♂ **Die Frist für Reklamationen beim polnischen Haupt-Ein- und Ausfuhramt**, das sich bekanntlich schon seit einer Reihe von Monaten in Liquidation befindet, läuft nach einer soeben in Nr. 49 des Dziennik Ustaw veröffentlichten Verordnung nur noch bis zum 31. Mai d. Js. Es handelt sich hierbei um Reklamationen betr. die Rückzahlung von Ausfuhr- und Manipulationsgebühren, die Entrichtung dieser Gebühren und die bankmäßige Garantie für die Entrichtung sowohl von Ausfuhrgebühren wie von Exportvaluta und jeglicher Art von Zuschlägen. Nach diesem Termin einlaufende Eingaben werden nicht mehr berücksichtigt. Nicht reklamierte Verpflichtungen gegenüber dem Fiskus oder bankmäßige Garantien werden vollstreckbar ohne Rücksicht darauf, ob die in Frage kommenden Ausfuhrgenehmigungen ausgenutzt worden sind oder nicht. Die bis zum 30. Juni d. Js. nicht beglichenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Fiskus werden vom Handelsministerium, auf welches die Geschäfte des Haupt-Ein- und Ausfuhramtes übergegangen sind, eingezogen.

♂ **Verband der internationalen Mustermessen.** Den Beschlüssen der in Mailand am 15. April 1925 stattgefundenen Zusammenkunft der Delegierten der internationalen Mustermessen zufolge, welche den Verband der internationalen Mustermessen ins Leben gerufen hat, versammelte sich in Mailand die mit der endgültigen Redaktion der Verbandsverfassung beauftragte internationale Kommission. Hauptsächlich mußte sich die Kommission mit dem Artikel des Statuts befassen, welcher den Grundsatz einer proportionalen Vertretung jeder Messe im Kongreß vorsieht. Nach freundschaftlichen, bisweilen sehr lebhaften Debatten und Auseinandersetzungen, die besonders auf die Beseitigung der zwischen den Bedürfnissen der großen und denjenigen der kleineren Veranstaltungen bestehenden Gegensätze hinzielten, hat man in einer einzigen Sitzung die alle befriedigende Lösung der Frage finden können. Es wurde nämlich ein Antrag des Generalsekretärs des Verbandes einstimmig angenommen, auf Grund dessen allen Messen, den kleineren inbegriffen, bei Berücksichtigung der Rechte der größeren Unternehmungen, besondere Begünstigungen verliehen werden. Somit ist der Text der Verbandssatzungen nunmehr fertig, und das neue Zentralorgan der internationalen Messen kann zum allgemeinen Nutzen unverzüglich zu Werke gehen. Drei Jahre wird der offizielle Sitz des Verbandes in Italien, in Mailand, Via Amedei 8, sein.

Von den Märkten.

Leder und Häute. Bromberg, 2. Mai. Engrospreise loko Bromberg: Boxcalf 1,50—1,80 pro Fuß, Sohlenleder 4,20—4,80 pro Kg., Lack „Freudenberg" 3.50, „Sterling" 4.00, Inlandslack 3,20 pro Fuß, Kalbsleder 2,00 pro Fuß, Chevreaux 2,30.

Lublin, 23. Mai. Auf dem Rohledermarkt halten die Preise weiterhin an. Die dortige Gerberei kauft das Rohleder mit 18 zł pro Fuß gefalten mit Wechseldeckung bis zu drei Monaten auf. Kalbsleder 5,50 bei erhöhter Nachfrage. Tendenz anhaltend. Der Mangel an Bargeld erschwert Transaktionen.

Holz. Kattowitz, 23. Mai. Die Tendenz auf dem oberschlesischen Holzmarkt war im Zeitraum vom 11. bis zum 16. d. Mts. im allgemeinen abwartend. Die Umsätze in gesägtem Material waren klein. Es herrscht starke Nachfrage, hauptsächlich von seiten der Bauunternehmer. Wegen Mangels an Kredit wurden jedoch keinerlei große Transaktionen getätigt.

Produkten. Danzig, 25. Mai. Amerik. Penlandmehl 10,65 Dollar, Alasca 10,60 Doll., Nelson 10,65, Ponoka 10,60, Grandprix 10,45, franko Waggon Danzig für 100 Kg.

Kattowitz, 25. Mai. Weizen 37—37,50, Roggen 31,25—31,75, Hafer 31,25—31,75, Gerste 31—32,50, franko Empfangsstation, Leinkuchen 30,50—31, Rapskuchen 23,25—23,75, Weizenkleie 22—22,50, Roggenkleie 22,25—22,75. Tendenz ruhig.

Lemberg, 25. Mai. Die Situation auf der Börse ist unverändert. Weizen wird hinreichend angeboten, doch herrscht dafür keinerlei Interesse. Außerbörslich werden geringe Umsätze in kanadischem und deutschem Hafer getätigt. Außerdem herrscht starke Nachfrage nach Speisekartoffeln bei Durchschnittspreisen von ca. 7 zł. Stärkste außergewöhnliche Umsätze werden in rumänischem Mais gemacht. Die Tendenz ist für Weizen fallend, für Mais steigend, für alles andere anhaltend. Notiert Weizen 36—37, Roggen 32—33, Mahlgerste 27—28, kanadischer Hafer 34, deutscher Hafer loko Lemberg 36.

Lodz, 25. Mai. Tendenz für Mehl und Getreide anhaltend. Roggen 34, Weizen 42—43, Gerste 35, Hafer 35, Roggenkleie 25—26, Weizenkleie 22—23, Zdunska Wola und Sieradzer 1. Sorte 45, Roggen-Luxusmehl 41, „0000" 39,50, 60proz. 38, Kalischer Weizenmehl 1. Sorte 46,50, Griesmehl 42, Roggen-Luxusmehl 43,50, „0000" 50proz. 42,50, 60proz. 39,50, Konin und Koloer Weizenmehl 44,50, Roggen-Luxusmehl 41, Nr. 1 39, näheres Provinz-Weizenmehl 44, Griesmehl 33, Roggenmehl 55, 50proz. 39, 60proz. 37, Posener und Pommereller Weizenmehl (für 100 Kg.) 56, Roggenmehl 46, Danziger Weizenmehl für 100 Kg. 56.

Warschau, 25. Mai. Für 100 Kg. loko Verladestation. Heu 6—15, Stroh 7—9, Klee 13—16.

Vieh und Fleisch. Krakau, 25. Mai. Notierungen für ein Kilo. Zuchtbullen 0.60—0.61, Ochsen 0.63—1.05, Kühe 0.42—1, Färsen 0.65—1, Kälber 0.61—1.10, Schweine (Lebendgewicht) 1.25 bis 1.45, (totes Gewicht) 1.60—2. Der Auftrieb betrug 57 Zuchtbullen, 145 Ochsen, 157 Kühe, 62 Färsen, 963 Kälber, 5 Schafe und 688 Schweine.

Lemberg, 25. Mai. Preise für 1 Kilo Lebendgewicht für die Zeit vom 16. bis 23. Mai. Notierungen des städtischen Schlachthofes. Ochsen 1. Sorte 0.86—0.98, 2. Sorte 0.70—0.84, 3. Sorte 0.45, Zuchtbullen 1. Sorte 0.74—0.88, 2. Sorte 0.60—0.70, 3. Sorte 0.42, Kühe 1. Sorte 0.82—0.97, 2. Sorte 0.56—0.74, 3. Sorte 0.35, Färsen 1. Sorte 0.70—0.93, 2. Sorte 0.52—0.62, 3. Sorte 0.30, Kälber 0.48—0.67, vollfleischige Schweine 0.92—0.97, Mastschweine 1—1.14.

Metalle. Beuthen (Polnisch-Oberschlesien), 25. Mai. Die Friedenshütte notiert Rohguß Nr. 1 mit 147 pro Tonne. Tendenz anhaltend.

Berlin, 25. Mai. Elektrolytkupfer (für 100 Kilo) 128.75, Hüttenrohzink im freien Verkehr 0.68½—0.70½, Remelted Plattenzink 0.62—0.63, Origninalaluminium in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 98—99 Prozent 2.35—2.40, in Barren, gewalzt und gezogen in Drahtbarren mind. 99 Prozent 2.45—2.50, Reinnickel 98—99 Prozent 3.50—3.55, Antimon Regulus 1.25—1.24.

Ausländischer Produktenmarkt.

Berlin, 25. Mai. Märkischer Weizen 267—269, märkischer Roggen 220—224, Gerste 226—242, Futter- und Wintergerste 200 bis 218, märkischer Hafer 229—237, Mais 208—210, Weizenmehl 34—36.75, Roggenmehl 30.25—32.25, Roggenkleie 14.80—14.90, Viktoriaerbsen 22—27, Speiseerbsen 22—25, Futtererbsen 19—21, Peluschken 18—20, Feldbohnen 19—21, Wicken 20—24.50, gelbe Lupinen 11.50—13, Seradella 13—15.25, Rapskuchen 15.20—15.60, Leinkuchen 22.40—22.80, Kartoffelflocken 19.50—19.70, Tendenz fester.

Chikago, 23. Mai. (Schlußbörse.) Cts. pro bushel. Weizen Hartwinter loko Nr. 2 169.50, für Mai 170, Juli 156⅜, September 149⅝, Dezember 151⅜, Roggen Mai 117.50, Nr. loko 110, für Juli 114.25, September 107.75, Dezember 108, Mais für Mai 114.25, gelber Nr. 2 loko 117.50, weißer Nr. 2 loko 115, gemischter Nr. 2 loko 113.50, für Juli 116⅜, September 114⅞, Dezember 111.25, Hafer für Mai 45⅜, weißer Nr. 2 48, für Juli 45.75, September 45⅝, Dezember 47, Malting Gerste loko 73—79. Tendenz fest, Frachten unverändert.

Hamburg, 25. Mai. Roggen 224—228, Gerste 220—232, ausländische Gerste 214—218, Hafer 226—234, Mais 213—215, amerikanisches Mehl loko Hamburg 8—10.

Für alle Börsen und Märkte wird von der Redaktion keinerlei Gewähr oder Haftpflicht übernommen.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mk. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	26. Mai	25. Mai
4% Pos. Pfandbr. (Vorkriegs-)	26.00	—.—
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	6.10	6.50—6.30
8proz. Państwowa Pożyczka Złota	0.68	—.—
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	2.75	2.65—2.70
5% Pożyczka konwersyjna	0.40	0.39
10% Poż. Kolejowa	—.—	0.82
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	3.10	—.—
Bank Przemysłowców I.—II. Em. exkl. Kup.	—.—	6.00
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. exkl. Kup.	7.50	—.—
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX. exkl. Kup.	4.00	4.00
Industrieaktien		
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	—.—	1.20
Brzeski Auto I.—III. Em.	3.50	3.00
H. Cegielski I.—X. Em. (50 zł-Aktie)	—.—	20.00
Centrala Rolników I.—VII.	0.40	0.40
Dębienko I.—IV. Em. exkl. Kup.	—.—	0.50
C. Hartwig I.—VII. Em.	0.80	0.80
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	4.00	—.—
Iskra I.—IV. Em.	—.—	1.55—1.60
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. exkl. Kup.	—.—	83
Olejarnia Szamotuły I.—II. Em.	3.00	—.—
Płótno I.—III. Em. exkl. Kupon	0.10	0.10
„Tri" I.-III. Em.	—.—	14.00
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.40	0.40
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em. exkl. Kupon	1.50	1.50

Tendenz: schwach.

Von den Banken.

△ **Die Bilanz der Emissionsabteilung der russischen Staatsbank** stellt sich für den 1. Mai wie folgt: Deckung in Goldmünzen und Barren: 17 994 255 Tscherwoncy (gegenüber der Bilanz vom 16. April unverändert), in ausländischen Banknoten (das Pfund Sterling zu 9 Rubel, der Dollar zu 1.94, die schwedische Krone zu 0.50 Rubeln gerechnet) 4 688 830 Tsch. (999 980 Tsch. weniger), Platina 1 839 137 Tsch. (unverändert), in Tratten ausländischer Valuta u. Abr. d. gew. Abz. 408 578 Tsch. (1936 weniger), in diskontierten Wechseln u. Abr. d. gew. Abz. 35 254 491 Tsch. (1936 mehr), in langfristigen, durch Sachwerte gedeckten Obligationen u. Abr. d. gew. Abz. 1 064 709 Tsch. (1 500 020 weniger). Der Summe der Aktiva in Höhe von 61 250 000 Tsch. stehen Passiva in gleicher Höhe gegenüber, wovon 60 438 801 Tsch. (2 714 396 Tsch. weniger) auf den Banknotenumlauf und 811 199 Tsch. (214 396 Tsch. mehr) auf den freien Rest des Emissionsrechts entfallen.

Börsen.

≠ **Der Złoty am 25. Mai. Danzig:** Złoty 99.85—100.10, Ueberweisung Warschau 99.47—99.37, **Berlin:** Ueberweisung Warschau, Posen oder Kattowitz 80.42½—80.82½, **Zürich:** Ueberw. Warschau 99.20, **London:** Ueberw. Warschau 25.30, **Neuyork:** Ueberw. Warschau 19.25, **Wien:** Złoty 136.10, Ueberw. Warschau 136.38, **Budapest:** Złoty 13 420—13 574, **Prag:** Złoty 647.50—653.50, Ueberw. Warschau 648—654, **Riga:** Ueberw. Warschau 102.

≠ **Warschauer Börse vom 25. Mai.** Devisenkurse. Holland für 100 209.55, London für 1 25.32, Neuyork für 1 5.20, Paris für 100 26.69, Prag für 100 15.45, Schweiz für 100 100.78, Stockholm für 100 139.45, Wien für 100 73.36, Mailand für 100 21.05. — Zinspapiere: 8proz. staatl. Konvers.-Anleihe 1925 72, 6proz. Dollaranleihe 1920 61.75, 10proz. Eisenbahnanleihe 90, 5proz. staatl. Konvers.-Anleihe 46, 4½proz. Anleihe bis 1914 25.75, 5proz. Vorkriegsanleihe 1914 20.75, 4½proz. Vorkriegsanleihe 1914 17, 5proz. Vorkriegsanleihe der Stadt Lodz 10.50, 6proz. Anleihe aus dem Jahre 1917 5.60. — Bankwerte: Bank Dyskontowy in Warschau 6.27, Polski Bank Handlowy in Posen 5.10, Bank dla Handlu i Przem. 1.00, Bank Przem. Lemberg 0.29, B. Z. Z. P. 2.50, Bank Sp. Zarobk. Posen 7.50. — Industriewerte: Cerate 0.46, Puls 0.41, Spieß 2.15, Siła i Światło 0.30, Częstocice 1.80, Michałow 0.37, W. T. F. Cukru 3.00, Firley 0.49, Kop. Węgli 2.25, Bracia Nobel 1.98, Lilpop 0.68, Modziejowski 3.80, Norblin 0.88, Ostrowiecki 5.70, Pocisk 1.25, Rutzki 1.66, Starachowice 2.06, Ursus 1.25, Zieleniewski 10.50, Zawiercie 12.75, Żyrardów 8.35, Borkowski 1.25, Bracia Jabłkowscy 0.19, Haberbusch i Schiele 6.00, Lombard 1.25.

≠ **Krakauer Börse vom 25. Mai.** Przemysłowy 0.28, Małopolski 0.29, Ziemski Kredyt. 0,12, Tohan 0.25, Ćmielów 0.35, Zieleniewski 10.30, Trzebinia Zel. 0.30, Górka 12.30—12.50, Siersza Górn. 2.75, Tepege 1.05, Polska Nafta 0.28—0.26, Trzebinia mydło 6.25, Krakus 0.57, Chodorow 3.60. Niemojowski 0.57. — Nicht notierte Werte: Jaworzno dr. 10.75, Lokomotywy 0.57½—0.60, Nobel 1.65—1.75.

≠ **Berliner Börse vom 25. Mai.** (Amtlich.) Helsingfors 10.575—10.615, Wien 59.05½—59.19½, Prag 12.43—12.47, Budapest 5.896—5.916, Sofia 3.035—3.045, Holland 168.63—169.05, Oslo 70.52—70.70, Kopenhagen 78.85—79.05, Stockholm 112.22—112.50, London 20.384—20.436, Buenos Aires 1.708—1.712, Neuyork 4.195 bis 4.205, Belgien 20.97—21.03, Mailand 16.915—16.955, Paris 21.47—21.52, Schweiz 81.15—81.35, Danzig 80.86—81.06, Japan 1.750—1.757, Rio de Janeiro 0.431—0.433, Jugoslawien 6.97—6.99, Portugal 20.275—20.325, Riga 80.45—80.85, Kowno 41.195—41.405, Athen 7.34—7.36, Konstantinopel 2.295—2.305.

≠ **Wiener Börse vom 25. Mai.** Austr. Kol. Państw. 378.5, Kol. Półn. 8665, Kol. Lwów-Czern. 189, Brow. Lwowskie 112, Bank Małopol. 7, Alpiny 296.5, Siersza 37.5, Silesia 8.2, Zieleniewski 143, Tepege 16.5—17, Krupp 182, Huta Poldi 880, Portl. Zement 166.5, Rima 106, Apollo 503, Fanto 158, Karpathy 120.1, Galicja 900, Nafta 120, Lumen 5.5, Schodnica 140, Mrażnica 36 bis 37.5.

≠ **Züricher Börse vom 25. Mai.** (Amtlich.) Neuyork 5.17, London 25.09½, Paris 26.45, Wien 72.75, Prag 15.32, Mailand 20.85, Belgien 25.80, Budapest 72.75, Sofia 3.74, Holland 207.90, Oslo 87.00, Kopenhagen 97¼, Stockholm 138¼, Spanien 75¾, Bukarest 2.45⅜, Berlin 123.05, Belgrad 8.52.

≠ **Danziger Börse vom 25. Mai.** (Amtlich.) Neuyork 5.1785 bis 5.1915, London 25.19½, Schecks 25.19, Paris 25.56—26.64, Berlin 123.296—123.604.

≠ **1 Gramm Feingold bei der Bank Polski für den 26. Mai 1925** — 3.45 zł. (M. P. Nr. 120 vom 25. Mai 1925.)

Freitag, d. 29. Mai 1925, nachm. 1/2 2 Uhr
findet im **Guts-Büro Gorzyn** die

Verpachtung der Obstalleen

Gorzyn und **Altgörtzig**

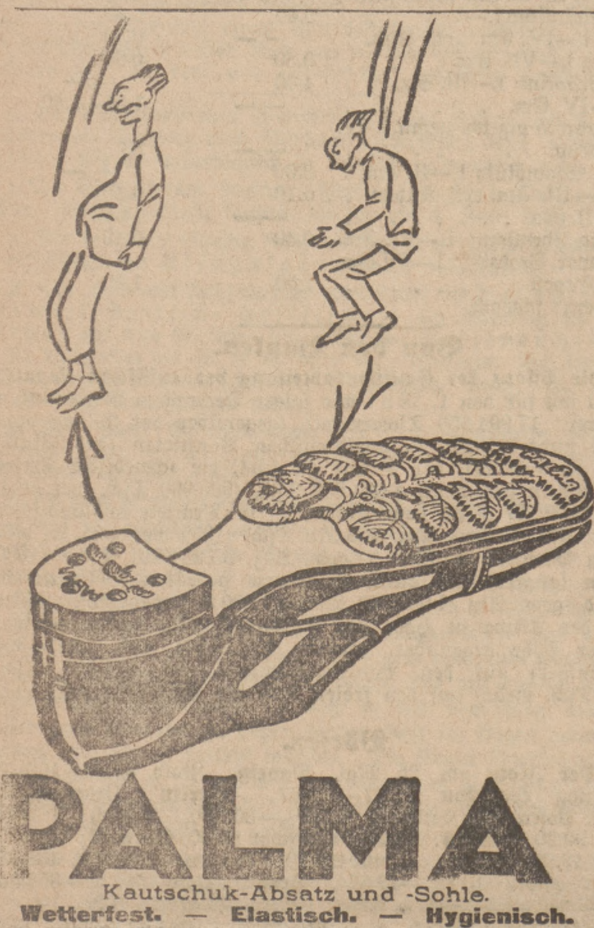
in zwei getrennten Losen statt. Die Bedingungen werden i. Termin bekannt gegeben. Zuschlag vorbehalten.

Gutsverwaltung Gorzyn, pow. Międzychód.

Dächer jeder Art

werden sachgemäß und billigst hergestellt, repariert und geteert.

G. Benedix, ältestes Spezialgeschäft
Telephon 1837. **Poznań** Towarowa 21 a.



Kolonialwaren- und Destill. - Geschäft,

en gros u. **détail,** mit voller Konzession, in lebhafter Kreisstadt a. d. Oder (Mark Brandenburg, nahe der schlesischen Grenze) **zu verpachten.** Umsatz ca. 140000 Mk. Warenlager ca. 25000 Mk., gegen Bar zu übernehmen. Angeb. an

Theod. Linke, Leszno, ul. Dworcowa 20.

Jedes Quantum prima

Kalksandsteine

loco Waggon mit 31 zł pro tausend, sowie Ia

Zementdoppelfalzdachsteine

sofort lieferbar

Kalksandstein und Zementwarenfabrik
A. Schendel, Wieleń.

Nur noch

fünf Anzeigen-Nummern
bis zu Pfingsten!

Die Inserenten seien hierauf aufmerksam gemacht.

Posener Tageblatt.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Juni 1925

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Die führende deutschnationale Zeitung
Pommerns und der Grenzmark ist die



Anerkannt gute Leitaufsätze / Ausführlicher Handelsteil / Reichhaltige Provinznachrichten.
Erstklassige Romane / Frauen-, Heimat- und illustrierte Beilagen.
Außerordentlich starke Verbreitung in Stadt und Land, deshalb

das maßgebende Insertionsorgan.

Mühle

Dampf-, Motor- oder Wasserbetrieb,
100—250 Zentner Mahlfähigkeit

zu kaufen gesucht.

Pachte ev. eine gleiche oder größere.

Gefl. Ang. unt. 6073 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Aus eingetroffenen Seglern offerieren wir:
Prima schwedische

Chamottesteine

Segerkegel 29—30,
vorzüglich geeignet für Dampfkesseleinmauerungen,
Ia schwedische

Pflasterklinker

für Fußbodenbeläge, Trottoirs, gewerbliche Räume usw.

Eduard Rothenberg Nachfl.,
Baumaterialiengroßhandlung und Dachpappenfabrik.
Telephon 10, 11, 7204.
Danzig, Hopfengasse 72.

Original **Buschmanns**

Kartoffeldämpfer

und Lupinen - Entbitterungsanlagen

2/3 weniger Brennstoff Durch **D. L. G.** „Neu u. beachtenswert" anerkannt

Mit Holz, Kohle } Abfall, Torfgrus | Aufschliessen von | Kartoffel und Lupinen | Dampf | Heisswasser 24 Stunden | durch einmalige Bedienung

Verwendung vorhandener Dämpfer
ab Poznań lieferbar:

Moritz Buschmann, Lommatzsch Sa. 4.
Aelteste Spezialviehfutterdämpferfabrik.

Arbeitsmarkt

Gesucht zum 1. Juli d. Js.
zur möglichst selbständ. Bew. einer 800 Morg. großen Domäne nicht zu junger,
energischer, erfahrener

Beamter

mit mehrjähr. Praxis, der polnischen Sprache in Wort u. Schrift mächtig, bei freier Station ohne Bett und Wäsche. Bewerbungen nebst Angabe der Gehaltsford., Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. **K. K. 6079** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Baumaterialien-Großhandlung
sucht per bald oder später intelligenten, jungen

Kaufmann für Kontor u. Reise.

Bewerber müssen die deutsche und polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen und möglichst mit der Branche vertraut sein. Angeb. unt. Nr. **6093** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Suche als Feriengast

gebild. Herrn oder Dame

(Akademiker, Studenten, Primaner), zw. poln. **Konversation.**
Naumann, Suchoręcz, p. Zalesie, pow. Szubin.

Zum 1. Juli suche ich einen zuverlässigen und erfahrenen

Schmiedemeister,

welcher als **Beschlagschmied** ausgebildet ist. Zeugnisse u. Bewerbungen sind zu richten an
Majetność Iłówiec, pow. Śrem (Wielkopolska).

Mein langjähr. Beamter verläßt als Optant demnächst seine Stellung.

Bewerber wollen sich vorläufig nur schriftlich melden. Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbeten. Antritt zum **1. August** oder **später.**

Birschel, Gutsbesitzer, Olszewko bei Nakło, pow. Wyrzysk.
(Nakel, Netze-Kreis Wirsitz).

Wir suchen

tüchtigen Buchhalter oder Buchhalterin

bilanzsicher, erfahren im Lohn- und Steuerwesen. Polnische Staatsangehörigkeit und beide Landessprachen, möglichst in Wort und Schrift, Bedingung. Ausführliche Meldungen mit Angabe der Gehaltsansprüche erbittet umgehend

Briesener Zeitung G. m. b. H.
Wąbrzeźno (Pomorze).

Molkerei-Verwalter gesucht,

welcher mit der Verwaltung einer **modernen Molkereigenossenschaft** vollständig vertraut ist. Meldungen mit ausführlichem Lebenslauf und Zeugnisabschriften zu richten an:

Verband deutscher Genossenschaften in Polen, zap. stow.
in Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Für ein **Manufaktur-, Konfektions-** u. **Kurzwaren-Geschäft** wird per 1. 7. d. Js., evtl. früher, ein äußerst **gewandter, tüchtiger, solider,**

junger Mann

gesucht, der deutsch u. poln. liest u. schreibt, mit der einf. Buchführung vertraut ist und Schaufenster geschmackvoll zu dekorieren versteht. Gefl. Ang. u. **6076** a. d. Geschft. d. Bl.

Gesucht zum 1. oder 15. Juni

herrschaftl. Diener,

perfekt, in Dauerstellung, **bartlos** Bedingung.
Zeugnisse, Gehaltsansprüche einsenden an

von Kries, Sławkowo
bei Ostaszewo, pow. Toruń (Pommerellen).

Suche zum 1. September 1925

Hauslehrerin

für 2 Mädchen von 10 und 7, und einen Knaben v. 6 Jahren.
Frau Berta Naumann, Suchoręcz, p. Zalesie, pow. Szubin.

Unsere Hauptgeschäftsstelle sucht eine

gewandte Stenotypistin.

Poln. Kenntnisse erwünscht. Nur schriftliche Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die

Westpoln. Landw. Gesellschaft, Poznań,
Fr. Ratajczaka 39.

Perfekte

Stenotypistin

mit besserer Schulbildung **per sofort gesucht.** Meldungen mit Zeugnisabschriften erbeten an **Rudolf Mosse, Poznań,** unter **G. 75.**

Einfaches Mädchen oder Stütze

aufs Land Nähe Posens zum Kinde gesucht, welch. auch etwas Hausarbeit übernimmt.

Offerten u. **6097** an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Akad. gebild. Landwirt,

gegenwärtig in Stellung in Deutschland, sucht, weil Posener,

entsprechende Stellung

in Wojewodsch. Poznań zum 1. 7. 25 oder später. Bin 29 J. alt, bescheiden, verheiratet, (1 Kind), energisch, und beider Sprachen mächtig. Gefl. Offerten unt. **6052** an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Neue Bücher

sofort lieferbar,
zur Anschaffung empfohlen:

Fahldieck, Der prakt. Gartenfreund, 6 zł.
Fahldieck, Blumenpflege im Zimmer, 2,50 zł.
Fahldieck, Der Gemüsegarten, 2 zł.
Kaiser, Unser Gemüsegarten 1,50 zł.
Die Obstbaumpflege, 2,50 zł.
Schreibers kl. Atlas für Schmetterlinge u. Raupen, 2 Bändch., zus. 4,50 zł.
Held, Der Gemüsebau, 2 zł.
Ratgeber in Patentsachen, 2 zł.
Alexander, Rundschrift, 2 zł.
Bühler, Lehrbuch der Photographie, 2 zł.

Nach auswärts mit Portozuschlag.

Versandbuchhandlung der
Drukarnia Concordia Sp. Akc.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Langjährige

Kolonialwaren-Großhandlung

mit zwei in bestem baulichen Zustande befindlichen **Grundstücken** und ausgedehnten Lagerräumen infolge anderweitiger Beteiligung **billig zu verkaufen.** 5 Zimmer-Wohnung wird sofort frei. Zur Uebernahme sind mindestens 30000 Mark erforderlich, exkl. **Warenlager,** welches ca. 15000 Mark beträgt u. mit übernommen werden muß.

Vermittler zwecklos.

Willy Kriews,
Anklam i. Pom.
(Hauptstrecke Berlin-Stralsund).

Fleischermaschinen

jeder Art bekannter Fa. Alexanderwerk verkauft billigst unter günstigen Bedingungen Generalvertretung der Fleischereimaschinenfabrik Alexanderwerk A. von der Nahmer A.-G. Remscheid-Berlin.

Centrala Przemysłu Rzeźniczego T. A.
Poznań (Städt. Schlachthof),
Fernsprecher 1350.

Eßzimmer-Einrichtung

u. **1 Pianino** werden zu **kaufen** gesucht. Offerten mit Preis unter **6045** an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Zwecks Gründung eines **Kurzwaren- u. Wäsche-Engros-Geschäftes** in einer mittleren Stadt der Provinz wird ein

Sozius

mit ca. 10000 zł gesucht; es kommt nur ein Israelit oder Deutsch-Pole in Frage.

Offerten unt. **6104** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Jünger. Beamter

für **Hof** und **Feld,** der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig und mit Krankenwesen usw. vertraut, zum **1. August** d. J. **gesucht.** Offerten unter **F. T. 6077** a. d. Geschäftsst. dieses Blattes erbeten.

Landwirtssohn, evgl., nicht unter 18 Jahren, energisch, kräftig, an strenge Tätigkeit gewöhnt, poln. Staatsbürger Bedingung, für bald. Antritt

als Eleve

gesucht. Taschengeld n. Leistung.
Franz Hahn, Gutsbesitzer,
Winiary I, pow. Gniezno.

Sofort wird ein zuverlässiges evangelisches, kinderliebes

Mädchen

zu 3 Kindern von 1/2 bis 7 Jahren **aufs Land** bei Familienanschluß gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter **T. 6102** an die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.



Evgl. Mädchen, 18 Jahre alt, kinderlieb sucht, ab 1. 7 Beschäftigung, wo sie unter Anleitg. der Hausfrau den

Haushalt

erlernen kann. Angeb. unt. **6099** an d. Geschäftsst. d. Bl.

Die Sorge um Amundsens Schicksal.

Vorbereitung einer Rettungsexpedition. — Große Erregung in Norwegen.

Aus Neuyork kommen Nachrichten, nach denen das lange Ausbleiben jeglicher Nachricht über Amundsen in der amerikanischen Öffentlichkeit große Beunruhigung hervorruft.

Gestern traten Sachverständige und andere Leute an das Marineamt heran, um eine Hilfsexpedition zu unternehmen.

Aus Washington funkt W. T. B.: Nachdem die Frist, innerhalb deren man hier Nachrichten von Amundsen zu erwarten hat, nahezu ihr Ende erreicht hat, werden verschiedene Pläne erörtert, um eine Hilfsexpedition für die etwa im Polareis festsitzenden Forscher zu unternehmen. Es wird in diesem Zusammenhang als möglich bezeichnet, daß das Marineamt eines von den beiden lenkbaren Luftschiffen „Los Angeles“ und „Shenandoah“ zur Feststellung des Aufenthaltsortes von Amundsen und seinen Gehilfen entsendet.

Bei einer notwendig werdenden Suche nach Amundsen wird das Zeppelin-Ankerschiff „Patoka“ entweder nach Spitzbergen oder Etah entsandt werden, so daß das suchende Luftschiff eine Operationsbasis hätte. Die Vereinigten Staaten werden die Hilfeleistung gleichzeitig mit der von Wickner im Vorjahr geplanten Luftforschung verknüpfen können.

Mac Millan, dessen Expedition Ende Juni erfolgen soll, erklärte, daß die eigene Forschung natürlich zurückstehen würde hinter Hilfsaktionen für Amundsen, wenn bei Abgang seiner Expedition keine Nachricht von Amundsen vorliegen sollte.

Oslo, 26. Mai. „Sjöfartstidende“ meldet aus Spitzbergen, daß bis heute keine Nachrichten von Amundsen eingegangen sind. Das Schiff „Hobby“, welches eine Aufklärungsreise in den dänischen Gewässern nach dem Osten und nach dem Norden unternimmt, berichtet über ungewöhnliche Schwierigkeiten auf dieser Reise. Unter den Mitgliedern dieser Expedition herrscht mutlose Stimmung. Wenn die Maschinen versagen sollten, müßten die Teilnehmer der Erkundungsfahrt den schwierigen und gefährlichen Weg auf dem Eise antreten.

Die „B. Z.“ meldet zu diesen Vorgängen noch folgendes: Aus Oslo wird berichtet, daß die fieberhafte Spannung in der norwegischen Bevölkerung anläßlich des Ausbleibens jeder Kunde über das Schicksal Amundsens eine kaum zu ertragende Höhe erreicht hat, die sich u. a. darin äußert, daß die Zeitungsredaktionen nicht nur unablässig mit Anfragen bestürmt werden, sondern daß Tausende von Menschen in gespanntester Erwartung Tag und Nacht vor den Anschlagfenstern der Zeitungen Aufstellung nehmen. Auch in Kopenhagen fängt trotz des ruhigeren dänischen Temperaments eine ähnliche Spannung an um sich zu greifen. Alle Mitteilungen über den Stand des Amundsenschen Unternehmens werden mit ganz außergewöhnlichem Interesse aufgenommen, und die Redaktionen der Kopenhagener Zeitungen werden ununterbrochen mit telephonischen Anfragen in Anspruch genommen.

Die Wetteraussichten in Nord-Spitzbergen sind heute besser als gestern, obwohl der Tag wieder mit Bewölkung begann. Die Sichtigkeit war heute früh gut, so daß die Bedingungen für den Flug als günstig bezeichnet werden mußten. Nach Mitteilung der Meteorologen herrscht über dem Polarbassin immer noch gutes Wetter, aber sie meinen, daß das günstige Wetter sich seinem Ende nähert, da nach den Morgenberichten aus Rußland und Sibirien sich ein Niederdruckgebiet auf den Pol zu vorschiebt. Wenn die Flieger die richtige Zeit abpassen, werden sie ihren Rückflug mit dem Winde machen können, aber später werden sie wahrscheinlich mit unsichtigem Wetter bei bewölktem Himmel zu rechnen haben. Wir können den Zeitpunkt des erwarteten Wetterumschlages nicht genau voraus bestimmen, da es uns zurzeit noch nicht bekannt ist, wie weit nördlich das russisch-sibirische Minimum schon vorgedrungen ist. Wenn das schlechte Wetter uns erreicht, werden „Fram“ und „Hobby“ die Wellmannsbay verlassen, wo sie jetzt, gemäß Amundsens Instruktionen, liegen, um die Eisbarriere abzupatrouillieren, wo die Flugmaschinen Gelegenheit haben niederzugehen.

Am Bord des Expeditionsschiffes.

Paris, 26. Mai. Der „Petit Parisien“, der sich die Funksprüche der Expedition Amundsens gesichert hat, erhielt zwei Meldungen vom 23. und 24. Mai. Beide sind an Bord der „Fram“ aufgegeben. In der Depesche vom Sonnabend wird gesagt, daß die Recherchen an der Nordküste Spitzbergens und darüber hinaus keine Spur von Amundsen und dessen Begleitung gezeigt haben. Das Wetter habe sich gegen 8 Uhr abends aufgeklärt. Die Aussicht nach Norden war sehr gut.

Am Sonntag um 4 Uhr morgens wird gemeldet, daß schlechtes Wetter am Pol droht. Wenn Amundsen und seine Begleiter die Rückfahrt noch nicht begonnen haben, werden sie mit Wolken und Sturm zu rechnen haben. Sollten die Forscher nicht zurückkehren, dann werden die „Hobby“ und die „Fram“ Erkundungsfahrten in die Eisfelder vornehmen, wo vielleicht eine Notlandung erfolgt sein kann. Nach dem „Matin“ ist man in Norwegen noch immer optimistisch. Die öffentliche Meinung in Frankreich scheint mit der Rückkehr der Forscher auf dem Luftwege nicht mehr zu rechnen.

Chamberlain und Briand in Genf.

Genf, 26. Mai. (T. U.) Die Sitzung des Völkerbundsrates am 8. Juni verspricht durch die Anwesenheit Chamberlains, Briands und Beneschs, die alle drei in Genf erwartet werden, von besonderer Bedeutung zu werden. Briand, der zum ersten Male als verantwortlicher Leiter der französischen Außenpolitik an den Sitzungen teilnehmen wird, soll, wie von französischer Seite versichert wird, die Absicht haben, seinen Genfer Aufenthalt dazu zu benutzen, die großen Probleme der Außenpolitik mit seinen englischen und tschechischen Kollegen zu erörtern.

Der Kampf um den Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Italiens Prärogative.

Die Anschlußbewegung, die jetzt in Österreich, namentlich in letzter Zeit von mächtigen Wellen des Volksempfindens hochgetragen wurde, macht den Ententestaaten viel Sorgen.

Wie die Ententeländer das Selbstbestimmungsrecht der Völker auslegen, wo es sich um Österreich handelt, ist oftmals an dieser Stelle gesagt worden. Und in letzter Zeit hat auch Mussolini geglaubt, gegen den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland einiges sagen zu müssen. Hierzu wird dem W. T. B. jetzt aus Paris folgendes telegraphiert:

Paris, 25. Mai. Der österreichische Minister des Äußern, **Mataja**, hat dem Vertreter des „Matin“ in Wien ermächtigt, folgendes zu erklären: „Wir haben in Österreich den Eindruck, daß die jüngst von Mussolini gegen die Anschlußbewegung an Deutschland abgegebenen Erklärungen sich vor allem an Frankreich und an die Kleine Entente richten. Tatsächlich will Mussolini damit aufs neue der Prärogative Italiens bei den Österreich betreffenden Fragen bekunden. Was die Konferenz von Bukarest und die Entscheidung des Kontrollkomitees in Paris anbetrifft, so beklage ich, daß das Ausland sich wenig um die Unabhängigkeit Österreichs sorgt, was ein großer psychologischer Fehler ist, denn ein Staat, der weder das Gefühl noch den Stolz seiner Unabhängigkeit besitzt, kann sich nicht lange behaupten. Der Vertrag von St. Germain und das Abkommen von Genf garantieren die österreichische Unabhängigkeit, aber das österreichische Volk vermißt die Sorge um die Unabhängigkeit Österreichs in den Entschlüssen, die man in jüngster Zeit getroffen hat. Es wäre von außerordentlicher Wichtigkeit, dem österreichischen Volk die Überzeugung zu geben, daß das Wort Unabhängigkeit nicht seinen Sinn verloren hat, sondern eine lebendige Wirklichkeit ist.“

Deutsches Reich.

Reichspräsident Hindenburg auf dem Rennen in Hannover.

Aus Hannover wird gemeldet: Reichspräsident von Hindenburg erschien nach dem 3. Rennen im Auto, begleitet von dem Präsidenten des Rennvereins Hannover, seinem Sohn und seinem Schwiegersohn, am Rennplatz, von Tausenden jubelnd begrüßt, und nahm in der blumengeschmückten Direktionsloge Platz. Dort hatten sich außer der Vorstandsschaft der Polizeipräsident Beckerath, Bürgermeister Fink und einige hohe Offiziere der Reichswehr eingefunden. Baronin Cramm, die Gemahlin des Präsidenten des Rennvereins, überreichte dem Reichspräsidenten bei seiner Ankunft einen Blumenstrauß. Der Reichspräsident, der Ehrenpräsident des Rennvereins ist, empfing dann die Preisträger der drei folgenden Rennen in seiner Loge und überreichte ihnen die Preise und Ehrenpreise. Nach dem 6. Rennen verließ der Reichspräsident unter begeisterten Hochrufen und unter den Klängen des Deutschlandliedes den Rennplatz.

Obstruktion der Linksradikalen im sächsischen Landtag.

Dresden, 26. Mai. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der gestrigen Vollsitzung des sächsischen Landtages führte zu ungemein heftigen Auseinandersetzungen zwischen der aus den bürgerlichen Parteien und den 23 Rechtssozialisten bestehenden Mehrheit und der aus den Linkssozialisten und den Kommunisten bestehenden Minderheit, welche die Verabschiedung der Vorlage durch Verschleppungsanträge und Obstruktionsreden zu verhindern suchte. Die Sitzung, die gestern nachmittag um 1 Uhr begann, dauerte heute morgen um 7 Uhr noch an.

Englische Studentenunterstützung.

Dresden, 26. Mai. Der „Studienstützung des deutschen Volkes“ bei der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft ist vom englischen Universities Relief Committee London durch Vermittlung der europäischen Studentenhilfe ein Betrag in Höhe von 5000 Reichsmark zur Verfügung gestellt worden zu dem Zwecke, einigen Studenten der „Studentenstützung“ kostenlose Studienaufenthalte während der Ferien in England zu ermöglichen.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

Eine neue Krise.

London, 26. Mai. „Westminster Gazette“ spricht von einer neuen Krise in den englisch-französischen Beziehungen. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, aus der gestern eingetroffenen Antwort Briands gehe hervor, daß die Franzosen es ablehnten, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes das Recht haben sollte, entsprechend den Bestimmungen der Satzungen gegen eine Revision der Ostgrenzen zu appellieren. Ferner bestehe Frankreich darauf, daß Deutschland dem Völkerbund gegenüber als Verpflichtung anerkennen müsse, Truppen im Kriegsfalle freien Durchzug durch deutsches Gebiet zu gewähren. Die britische Auffassung sei, daß das Problem der polnischen Grenzen und andere Fragen leichter beseitigt werden könnten, wenn Frankreich das deutsche Angebot eines Sicherheitspaktes im Westen annehmen würde. Großbritannien sei nicht geneigt, Verpflichtungen für die starre Aufrechterhaltung der polnischen Grenzen für alle Zeiten einzugehen. Zur Verzögerung der Lösung der Kölner Frage bemerkt der Korrespondent, die Meinungsverschiedenheiten wegen der Mantelnote bezögen sich darauf, ob nicht gewisse Punkte ihres Entwurfs geeignet sein würden, das Ziel der britischen Politik zu vereiteln, die Abrüstungs- und Räumungsfrage in Übereinstimmung mit dem Vertrage zu dem für die Ruhrräumung bestimmten Datum zu regeln.

London, 26. Mai. „Westminster Gazette“ spricht in ihrem Leitartikel Bedenken aus wegen der ständigen Verzögerung der Verhandlungen mit den Franzosen über den Sicherheitspakt und die Kölner Frage. Das Blatt sagt, was Köln betreffe, so müsse man annehmen, daß Beweismaterial für einen solchen Verzug vorhanden sei, wenn es aber noch nach vier Monaten schwierig sei, Material vorzubringen, dann entstehe unvermeidlich der Eindruck, daß der vorgegebene Grund nicht der wirkliche Grund oder mindestens nicht der ausschließliche Grund für die Fortsetzung der Besetzung sei. Das Blatt bedauert weiterhin, daß Deutschland in der Sicherheitsfrage das Problem der polnischen Grenzen überhaupt berührt habe und sagt, die beste Lösung des Sicherheitsproblems wäre, daß Deutschland in den Völkerbund und mit den gleichen Rechten wie alle anderen Mitglieder eintrete und daß der Bund dann gegenseitige Garantien für eine Entmilitarisierung des Rheingebiets machen solle.

Neue Ausdehnung der Kämpfe in Marokko

„Der amtliche Bericht.“

Aus **Paris** wird gemeldet: Der Oberst Freydenberg hat „nach einem brillanten Manöver“ den Marsch nach Gara des Meziat durchgesetzt und diesen Ort am Abend erreicht. Nach dem Bericht über diesen Erfolg aber heißt es in dem amtlichen Bericht: „Im Westen ist die Lage vorläufig ruhig. Abdel Krim hat eine neue Harka von 3000 bis 4000 Mann zusammengebracht. In der Gegend von Bibane starkes Gewehrfeuer. Im Osten wächst die Drohung der Rifkabylen beträchtlich.“

Nach einem Havasbericht haben sich aber die Kolonnen Chambruns und Freydenbergs, nachdem sie die jenseits des Uergha-Flusses aufgestellten Posten neu mit Lebensmitteln versehen haben, zurückgezogen.

Wenn man alle Meldungen in Betracht zieht, so steht es außer Zweifel, daß die Kämpfe in Marokko noch nicht zum Abschluß gebracht sind, sondern daß vielmehr ihre weitere Ausdehnung bevorsteht.

So berichtet „Daily Mail“ aus Paris: Zuverlässigem Vernehmen zufolge werden zwei weitere französische Korps mobil gemacht, um nach Marokko abzugehen. Der Ernst der Lage wird schon dadurch bewiesen, daß die französische Regierung für die nächsten zwei Monate 30 Transportschiffe in Marseille gechartert hat.

Aus anderen Ländern.

Erregung in Frankreich wegen der deutschen Zölle.

Paris, 26. Mai. Das Handelsministerium veröffentlicht folgende Erklärung: Der neue deutsche Zolltarifentwurf, der verschiedene Zölle für die Einfuhr nach Deutschland beträchtlich erhöht, hat in der Geschäftswelt außerordentliche Erregung hervorgerufen, die nicht ganz berechtigt erscheint. Dieser neue Tarif war seit sechs Monaten in Vorbereitung, und die französischen Delegierten für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben mit dem Erscheinen des neuen Tarifes gerechnet. Eine der Hauptbemühungen der französischen Delegation besteht darin, nach dieser Richtung alle unerläßlichen Garantien zu verlangen, damit der französischen Exportindustrie ihr natürliches Absatzgebiet in Deutschland erhalten bleibt.

Mißlungene Kriegsgedächtnisfeier der italienischen Kammer.

Rom, 26. Mai. Die letzte Kammersitzung war ausschließlich der Erinnerung des Eintritts Italiens in den Krieg gewidmet. An der Feier nahmen auch Salandra, Orlando und die Combattenti teil. Giolitti war nicht erschienen. Die ungeschickte Verquickung der patriotischen Hochstimmung mit innerpolitischen Gegensätzen in der Rede des Combattenti-Abgeordneten Pivano brachte eine Mißstimmung, die durch die Rede des Kommunisten Ferrari, der den Krieg als eine Ausgeburt des kapitalistischen Systems geißelte, noch verschärft und durch eine matte, nicht gerade gedankenreiche Rede des sichtlich erschöpften Mussolini nicht wieder gehoben wurde. Nur die Rede eines jungen faszistischen Abgeordneten wirkte wieder belebend auf die Gemüter.

Um die Räumung Kölns und der Ruhr.

Rotterdam, 26. Mai. Londoner Blättermeldungen zufolge wurde am Wochenende bei Lloyd in London für die Räumung der Ruhr am 16. August gewettet 1:8. Die unbestimmte Chamberlainsche Rede, er hoffe, daß Frankreich am 16. August räumt, wird allgemein als äußerst ungünstig angesehen.

Wie im Zusammenhang damit „Manchester Guardian“ schreibt, will die deutsche Regierung erst nach Nichträumung Kölns am 16. August weitere Schritte unternehmen. Sie werde dann im diplomatischen Verkehr auch die Hinfälligkeit des Dawesplans erklären, wenn der Vertragsbruch bestehen bleibt.

Frankreich als Kolonialmacht.

Paris, 26. Mai. Die französische Kolonial- und Marineliga hat gestern zu Ehren des Handelsministers ein Frühstück gegeben, bei dem der Kolonialminister erklärte, er habe die Absicht, ein ständiges Kolonialmuseum zu schaffen angesichts der Tatsache, daß Frankreich auf der Liste der Kolonialmächte an zweiter Stelle stehe. Andere Mächte, die als Kolonialmächte nicht so bedeutend seien, besäßen bereits ein derartiges Museum.

In kurzen Worten.

In Neuyork entstand auf der Zentralstation der Untergrundbahn durch Kurzschluß ein Brand. Der ganze Zug stand plötzlich in hellen Flammen. In den überfüllten Waggons entstand eine Panik, da in der Finsternis die Passanten um den Ausgang kämpften. Einige Personen sind teils verbrannt, teils im Gedränge zu Tode gekommen. Über 100 Personen sind teils schwer, teils leicht verwundet.

*

Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist der türkische Dampfer „Kilemi“ auf dem Bosporus während stürmischen Wetters untergegangen. Der größte Teil der Passagiere und der Besatzung ist ertrunken.

*

Die türkische Regierung hat bei einer Firma in Rotterdam zwei Unterseeboote und bei einer Firma in Lübeck ein Schwimmdock von 26000 Tonnen bestellt.

*

In der Pariser Presse mehren sich die Stimmen der nationalistischen Presse, die für einen baldigen Friedensschluß mit Abd el Krim eintreten, unter Hinblick auf die ungeheuren Menschen- und Geldopfer, die eine restlose Durchführung des Unternehmens erfordern würde.

*

Die Washingtoner Regierung hat die notwendigen Schritte eingeleitet, um eine vollständige Liste sämtlicher Kriegsschulden und aller nach dem Waffenstillstand abgeschlossenen Wiederaufbau-Anleihen aufzustellen.

*

Ein starkes Geräusch entstand eines Abends plötzlich auf dem Platze vor der Kathedrale von Amiens. Der Boden war durch die häufigen Regenfälle scheinbar unterspült, in einer Tiefe von 8 bis 10 Metern und einem Umfang von 30 Metern eingesunken. Das Loch reicht bis fast an die Treppe der Kathedrale heran. Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen, um eine Gefahr für die Kathedrale zu verhindern.

*

Durch ein Autounglück sind drei Delegierte des Völkerbundes tödlich verunglückt. Ein vierter Delegierter, der aus Polen stammende Dr. Anikstein hat keinerlei Verletzungen davongetragen.

*

Durch ein Zirkular des finnländischen Ministeriums des Innern werden alle finnländischen Behörden darauf hingewiesen, daß auf Grund des Urteils des Höchsten Gerichtshofes über die Parteileitung jegliche Tätigkeit der Kommunistischen Partei (Finnlands Arbeiterpartei) verboten ist. Alle Organisationen der Partei in der Provinz sollen aufgelöst und etwa entstehende Ersatzorganisationen unterdrückt werden.

*

Am 10. Juni d. Js. wird ein Sowjetluftgeschwader von sechs Flugzeugen zum Fluge Moskau—Peking aufsteigen. Es wird über die Mongolei und die Wüste Gobi fliegen. Von den Flugzeugen sind 3 in Sowjetfabriken gebaut.

Letzte Meldungen.

Textil-Arbeiterstreik.

Wien, 26. Mai. Im Verlaufe von Lohnstreitigkeiten in der Textilindustrie sind in einzelnen Betrieben etwa 2500 Arbeiter in den Streik getreten.

Tod durch Blitzschlag.

Stettin, 26. Mai. Bei dem schweren Gewitter, das am Sonntag nachmittag über Pommern niederging, wurden zwei Personen vom Blitz erschlagen.

Die Folgen des Erdbebens.

Neuyork, 26. Mai. Aus Tokio wird gemeldet: Über zwei Drittel der Stadt Toyooka sind zerstört, und mehr als 3000 Häuser wurden vernichtet.

Annahme der Finanzvorlage in zweiter Lesung.

London, 26. Mai. Der Abänderungsantrag Snowdens wurde mit 331 gegen 139 Stimmen abgelehnt und die Finanzvorlage der Regierung in zweiter Lesung angenommen.

Doumergues im Elsaß.

Paris, 26. Mai. Der Präsident der Republik wird in den Pfingstfeiertagen nach dem Elsaß reisen und dort in Straßburg den Pfingstfeierlichkeiten beiwohnen. Er wird auch in Zabern kurzen Aufenthalt nehmen.

Bestätigung der Todesurteile in Sofia.

Sofia, 26. Mai. Der König hat das Todesurteil gegen die Kathedralenattentäter Friedmann, Zadgorski und Koeff bestätigt.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Am Sonntag, dem 24. Mai, nachmittags gegen 3 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, mein guter treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, der Kreistaxator und Kirchenkassenrendant

Ewald Altmann

im Alter von 75 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten die tiefbetrübten Hinterbliebenen

Helene Altmann, geb. **Neugebauer**,
Hedwig Marx, geb. **Altmann**,
Richard Marx, Oberpostsekretär
und 2 Enkelkinder.

Wągrówiec, Berlin, den 25. Mai 1925.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. Mai, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes aus statt.

Aus Anlaß der bevorstehenden Abrechnung mit den **Erben der verstorbenen Pächterin meines Rittergutes Nowydwór** fordere ich hiermit auf, etwa noch ausstehende, von der Gutspachtverwaltung der Pächterin bezw. ihrer Erben bisher nicht beglichene Forderungen zu meiner **Kenntnis zu bringen**, damit dieselben berücksichtigt und andernfalls später sich ergebende Schwierigkeiten vermieden werden können.

D. Stolpiah, Generalbevollmächtigter, **Nowydwór.**

W. Funck, Rittergutsbesitzer, **Nowydwór.**

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag,	den 26. 5.	„Kuhreigen"
Mittwoch,	den 27. 5.	„Eine Nacht in Venedig"
Donnerstag,	den 28. 5.	„Figaros Hochzeit"
Freitag,	den 29. 5.	„Legenda Bałtyku"
Sonnabend,	den 30. 5.	Premiere: 1) Manöverbild, 2) Chopiniade, 3) Frühling u. Liebe
Sonntag,	den 31. 5.	„Rigoletto". Um 40% ermäßigte Preise.